

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST



Photo © Paul Jeffrey/OeRK

Flüchtlinge kommen bei Molyvos an der Küste der griechischen Insel Lesbos an. Sie haben die Ägäis von der Türkei aus überquert. Griechische und andere Freiwillige aus verschiedenen Ländern helfen den Neuankömmlingen mit Essen, medizinischer Notversorgung und trockenen Kleidern.

Oekumenisches Engagement für Flüchtlinge: Hilfe für „Menschen, die aus schlimmen Gründen unterwegs sind“

Mit der Flüchtlingskrise in Europa befassten sich Verantwortliche aus Kirchen und internationalen Hilfswerken auf Einladung des Oekumenischen Rates der Kirchen in Genf. Aus den Berichten über eine Vielzahl von Maßnahmen, die Kirchen zwischen dem Libanon und Finnland, von Serbien, über Griechenland bis nach Deutschland ergriffen haben, konnten sie Ermutigung schöpfen. Zum Abschluss der Konferenz bekräftigten sie ihre Entschlossenheit, weiter zusammenzuarbeiten mit dem Ziel, sämtliche möglichen Ansätze zur Bewältigung der Krise zu nutzen.

Die Konferenz wurde mitgetragen vom Kinderhilfswerk (UNICEF), dem Bevölkerungsfonds (UNFPA) und dem Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) der Vereinten Nationen. Sie führte Fachleute aus dem UN-System und der Zivilgesellschaft, insbesondere aus im religiösen Bereich beheimateten Organisationen, zusammen, die aus der Praxis der Flüchtlingshilfe kommen und hier Gelegenheit hatten, sich über ihre Anliegen und

Ideen für eine Verbesserung der praktischen Arbeit auszutauschen.

Die Möglichkeit, sich als Aktive aus den Aufnahmeländern sowie aus den Transitländern und den Herkunftsländern der Flüchtlinge austauschen zu können, sei ein wichtiger Schritt, befand Dr. Michel Jalakh, Generalsekretär des Rates der Kirchen im Mittleren Osten. Der maronitisch-katholische Priester erklärte am Ende der Konferenz am 19. Januar, er hoffe, der OeRK könne für die von Kirchen sowie nationalen und regionalen Kirchenräten ergriffenen Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise eine koordinierende Funktion übernehmen, um zukünftig Synergien besser zu nutzen.

Nach Einschätzung von Dr. Audeh Quawas aus Jordanien, verantwortlich für die ökumenischen Beziehungen des Griechisch-orthodoxen Patriarchats von Jerusalem, bot die Konferenz die Chance, darauf hinzuweisen, dass die Flüchtlingskrise an ihrer Wurzel behoben, also die wesentlichen Probleme im Nahen Osten gelöst werden müssten. Dazu, so Quawas, brauchen die Nachbarländer Syriens mehr Unterstützung.

„Wir müssen Jede und Jeden als Menschen behandeln, nicht als Angehörige einer bestimmten Religion“, ergänzte Quawas. „Das lehrt uns unser christlicher Glaube.“

AUS DEM INHALT

Vatikan:
Amoris Laetitia

Niederlande:
Evangelische Kirche konzentriert sich auf das Wesentliche

Islam-Erklärung von Marrakesch:
Schutz religiöser Minderheiten

Pan-Orthodoxes Konzil:
Pfingsten auf Kreta

Zypern:
Interreligiöser Dialog zukunftsweisend

OeRK:
Religion leistet wichtigen Beitrag für nachhaltige Entwicklung

THEMA

Konziliarer Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung und nachhaltige Entwicklungsziele (SDGs)

Aus Netzen und Bewegungen

Berlin:
Kirchentag 2017

Institut für Theologie und Politik:
„Hurra, diese Welt geht unter“

KAIROS Europa:
Die wahren Fluchtursachen bekämpfen

Meet Junge Oekumene:
„Laudato Si“ im Evangelischen Stift

PLÄDOYER für eine ökumenische Zukunft:
Die gute Tradition des Widerstands

Pax Christi:
„Sieben Goldene Nasen des Rüstungsexports“

Jasvir Singh, der bei der Konferenz das interreligiöse Faiths Forum for London vertrat, zeigte sich beeindruckt von der großen Bereitschaft, zur Verbesserung der Situation von Flüchtlingen, die nach Europa kommen, zusammenzuarbeiten.

„Die Offenheit der ökumenischen Bewegung ist zu begrüßen“, stellte er fest und ergänzte, „wir müssen sichergehen, dass wir die Flüchtlingskrise aus einer spirituellen Perspektive angehen und dabei Unterschiede gelten lassen, aber auch die Gemeinsamkeiten in den Mittelpunkt stellen.“

Msr. Marco Gnani von der Gemeinschaft Sant'Egidio erklärte, keine einzelne Kirche oder religiöse Gemeinschaft könne „dieses Problem allein bewältigen. Wir müssen einen Ton finden, der über unsere Grenzen hinaus verstanden wird.“

Gnani mahnte die Menschen in Europa, nicht zu vergessen, dass ihr Kontinent Mitverantwortung für die Ursachen der Krise trage und schloss mit einem positiven Ausblick: „Jedes Mal wenn wir einem Menschen begegnen, der uns fremd ist, eröffnet sich uns eine Chance, unsere Berufung als ChristInnen zu erneuern.“

Vatikan:

Amoris Laetitia – Kleiner Schritt nach vorn

Papst Franziskus macht wiederverheirateten Geschiedenen in seinem Schreiben „Amoris Laetitia“ zu Ehe und Familie vage Hoffnungen auf eine Teilnahme an der Kommunion, von der sie bislang ausgeschlossen sind. Er plädiert in seinem Schreiben vom 8.4.2016 an das Gewissen der einzelnen Pfarrer und Priester, die Entscheidung je nach Einzelfall abzuwägen. Damit macht er einen Schritt nach vorn. An den Grundfesten der bisherigen Kirchenregeln rüttelt er nicht.

Homosexuelle ohne Gleichstellung

Zum Streitthema Homosexuelle spricht Franziskus nur indirekt (Nr. 250). Für die katholische Kirche sieht er keine Möglichkeit, für homosexuelle Lebensgemeinschaften Analogien zu Ehe und Familie herzustellen (Nr. 251). Bemerkenswert ist aber die Aussage, dass die katholische Kirche auch in anderen Formen der Vereinigung, die dem christlichen Ideal der Ehe widersprechen, die dort vorhandenen „konstitutiven Elemente“ würdigt (Nr. 292).

Beurteilung des Einzelfalles

Franziskus fordert eine „verantwortungsvolle persönliche und pastorale Unterscheidung der je spezifischen Fälle“, Barmherzigkeit und Integration. „Niemand darf auf ewig verurteilt werden, denn das ist nicht die Logik des Evangeliums“, erklärt das Kirchenoberhaupt. Jegliche Form von Unterordnung der Frauen, für die oft der Apostel Paulus als Kronzeuge genommen wurde, wird zurückgewiesen (Nr. 156).

Mit dem Lehrschreiben fasst der 79-jährige Argentinier die Ergebnisse der beiden Bischofstreffen aus den vergangenen Jahren zum Thema Ehe und Familie mit seinen eigenen Schlussfolgerungen zusammen.

Im Zentrum des Textes steht die Liebe mit all ihren Facetten. Dabei spricht der Papst auch ohne jede Peinlichkeit Themen wie Leidenschaft und Erotik an, die bisher in der katholischen Kirche meist ein Tabu waren. „Wir dürfen also die erotische Dimension der Liebe keineswegs als ein geduldetes Übel oder als eine Last verstehen (...), sondern müssen sie als Geschenk Gottes betrachten“, schreibt er.

Franziskus erklärt zudem, nicht alle „doktrinellen, moralischen oder pastoralen Diskussionen“ müssten durch ein „lehramtliches Eingreifen“ entschieden werden. „Es wird Aufgabe der verschiedenen Gemeinschaften sein, stärker praxisorientierte und wirkungsvolle Vorschläge zu erarbeiten“, heißt es.

Wirtschaft und Management: Ökumenisches Seminar

Um die Stimme der Kirchen in Bezug auf die Weltwirtschaft zu stärken, wird Ende August 2016 eine 15-köpfige Gruppe kirchlicher Leitungspersonen das erste ökumenische Seminar für Leitung, Wirtschaft und Management (Ecumenical School on Governance, Economics and Management, GEM) für eine Ökonomie des Lebens in Hongkong besuchen.

Diese Initiative greift die Empfehlungen auf, die 2014 von der Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen, dem Ökumenischen Rat der Kirchen, dem Rat für Weltmission und dem Lutherischen Weltbund im Dokument „Ökonomie des Lebens für alle: Ein ökumenischer Handlungsplan für eine neue internationale Wirtschafts- und Finanzarchitektur“ formuliert wurden. Das Dokument erklärte die Entwicklung von Kompetenzen und Advocacy-Strategien als Priorität für Kirchen.

Die ethischen, moralischen und theologischen Perspektiven der Kirchen zur Funktionsweise der Weltwirtschaft haben gegenwärtig wenig Einfluss auf Wirtschaftspolitik, Geschäftspraktiken und Denkmuster. Um dies zu ändern, muss innerhalb der Kirche Wissen in Wirtschaft und Kommunikationsstrategien aufgebaut werden. In dem auf zehn Tage angelegten Seminar sollen theologische Ausgangspunkte für wirtschaftliche Gerechtigkeit geklärt werden, z.B. warum und wie Theologie und Ethik im Zusammenhang mit Wirtschaft stehen, ein grundsätzliches Verständnis des wirtschaftlichen Mainstream-Denkens vermittelt werden, normative Grundsätze der Wirtschaft identifiziert und der Horizont des Wirtschaftsverständnisses durch Einführung pluralistischer Ansätze erweitert werden, schließlich geht es um politische und strategische Auswirkungen für Kirchen und ihre Advocacy-Arbeit für eine Ökonomie des Lebens.

Religionenwachstum: Katholischer Anteil an Weltbevölkerung nimmt zu

Die Anzahl der Mitglieder der römisch-katholischen Kirche wächst gegenwärtig schneller als die globale Bevölkerung. Das ergeben die Zahlen des päpstlichen Jahrbuchs 2016. In den letzten neun Jahren nahm danach die Anzahl der Katholiken weltweit um 17,8 Prozent zu, die globale Bevölkerung um 17,3 Prozent. Zwischen 2005-2014 stieg die Zahl der Katholiken von 1,12 Milliarden auf 1,27 Milliarden. Den größten Zuwachs verzeichnet Afrika: hier nahm die Zahl der Katholiken um 41 Prozent zu, die Gesamtbevölkerung um 23,8 Prozent.

2070 mehr Muslime als Christen

In einer Langzeitbetrachtung errechnet das in den USA ansässige PEW-Institut, dass 2070 mehr Muslime als Christen auf der Welt sein werden. Der Leiter der Studie, Conrad Hackett, hat mit seinem Team sechs Jahre lang demographische Daten aus der ganzen Welt zusammengetragen. Mit der umfassenden Datensammlung von Geburten- und Sterblichkeitsraten, von Alterszusammensetzung unterschiedlicher Länder bis hin zu den Migrationsdaten haben die Statistiker zunächst die religiöse Weltkarte des Jahres 2050 vermessen. 2050 wird das Christentum mit 2,9 Milliarden Menschen größte Religionsgemeinschaft sein, während sich 2,8 Milliarden Menschen dem Islam zurechnen. Noch 1910 lebten weltweit von drei Christen zwei in Europa, 2050 wird es nur noch ein Sechstel sein. Afrika wird in den nächsten Jahrzehnten weltweit das stärkste Bevölkerungswachstum verzeichnen, und es werden dort südlich der Sahara fast vier von zehn Christen wohnen. Heute sind es 24 Prozent. Im schrumpfenden Europa werden die Christen mit schätzungsweise 65 Prozent in der Mehrheit bleiben. Andererseits wächst gerade in Europa die Gruppe der religiös nichtgebundenen Menschen am schnellsten. In Frankreich beispielsweise wird diese Gruppe der Nichtreligiösen um 2050 größer sein als die der Christen.

Reformierte: Ideen für schrumpfende Gemeinden

Die evangelisch-reformierte Kirche in Deutschland fordert ihre 145 Gemeinden auf, sich an der Gestaltung der Zukunft zu beteiligen. Die Kirche müsse sinkenden Mitgliederzahlen und absehbar rückläufigen Einnahmen begegnen und wolle darauf nicht nur reagieren.

Deshalb stößt die Kirche einen eineinhalb-jährigen Zukunftsprozess an. Das kirchenleitende Gremium, das Moderamen, hat dazu ein Impulspapier vorbereitet. Die Zahl der Mitglieder in der reformierten Kirche wird

von heute 180.000 auf etwa 150.000 Menschen im Jahr 2030 zurückgehen. Dann müssen die Gemeinden mit etwa einem Drittel weniger PastorInnen auskommen, heute sind es 150.

Das Impulspapier stellt Strategien für eine kleiner werdende Kirche vor. Dazu gehören Kooperationen zwischen Kirchengemeinden und die Bereitschaft, auf bestimmte Angebote zu verzichten. Auch eine stärkere Vernetzung mit lutherischen, katholischen und freikirchlichen Nachbarn sei denkbar. Beschlüsse sind an der reformierten Gesamtsynode im November 2017 geplant.

Weltmissionskonferenz: Planung für 2018

Laut der Kommission für Weltmission und Evangelisation (CWME) des Oekumenischen Rates der Kirchen (OeRK) wird im Jahr 2018 eine Weltmissionskonferenz von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Tansania ausgerichtet werden.

Die Exekutivgruppe der CWME tagte vom 22. bis 24. Februar in Rom. Gastgeber waren die Missionare Afrikas (Weiße Väter). Die Gruppe befasste sich mit dem thematischen Inhalt und der konzeptuellen Ausrichtung der nächsten Weltmissionskonferenz, wobei die Bedeutung eines insgesamt freudig-festlichen Tenors mit einem starken afrikanischen Einfluss und eindeutig missionarischem Charakter herausgestellt wurde. CWME-Direktor Jooseop Keum sagte in Bezug auf die Dringlichkeit, sich ausgegrenzten Menschen zuzuwenden: „Wir müssen die Aspekte der radikalen Transformation durch die Werte des Reiches Gottes wieder in die heutige notleidende Welt einbringen. Deswegen will sich die CWME im Vorfeld der Konferenz 2018 auf drei thematische Bereiche konzentrieren: „Transformation und Nachfolge; Heiliger Geist und Bevollmächtigung; die missionarische Bewegung und der Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens.“ Eine wesentliche Aufgabe der CWME sei, „Menschen zu ermutigen und aufzufordern, das Leben in Fülle einzufordern, das Gott für sie vorgesehen hat“.

Papst Franziskus und Patriarch Kirill: Signal für Einheit und Frieden

Papst Franziskus, Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche, und Patriarch Kirill, Primas der Russischen Orthodoxen Kirche, sind am 12. Februar in Havanna, Kuba, zu einer historischen Begegnung zusammengetroffen. Olav Fykse Tveit, der Generalsekretär des OeRK, hat das Treffen als wichtiges Signal für Einheit und Frieden gewürdigt. Die Russische Orthodoxe Kirche ist die größte Mitgliedskirche des OeRK, der seit inzwischen 50 Jahren in einer Gemeinsamen Arbeitsgruppe auch mit der römisch-katholischen Kirche kooperiert. Die östliche und die westliche Christenheit spalteten sich 1054 im

Großen Schisma aufgrund von Streitigkeiten in Fragen der Lehre; die förmliche Trennung erfolgte 1438. Nun trafen erstmals wieder ein Oberhaupt der römisch-katholischen und der russisch-orthodoxen Kirche zusammen.

Erklärung von Marrakesch: Muslimische Gelehrte fordern Schutz religiöser Minderheiten

Eine Erklärung zu den Rechten religiöser Minderheiten in Ländern mit muslimischer Mehrheit veröffentlichte eine Versammlung muslimischer Gelehrter in Marrakesch (Marokko).

Der Generalsekretär des Oekumenischen Rates der Kirchen (OeRK) Pastor Dr. Olav Fykse Tveit begrüßte die Veröffentlichung.

„Dies ist ein äußerst zeitgemäßer und bedeutender Text, der an uns alle eine wichtige Botschaft richtet“, erklärte Tveit. Hunderte von muslimischen Gelehrten und Intellektuellen aus über 120 Ländern, VertreterInnen islamischer und internationaler Organisationen sowie Führungspersonen verschiedener religiöser Gruppen und Nationalitäten verabschiedeten die Erklärung anlässlich einer Konferenz, die vom 25. bis 27. Januar in Marrakesch (Marokko) stattfand.

„Mit dieser Erklärung weisen muslimische Oberhäupter den Weg für eine Zukunft, in der das Zusammenleben auf gleichen Rechten, gegenseitiger Fürsorge und Respekt beruht“, ergänzte Tveit.

Organisiert wurde die Konferenz im Rahmen des 1400-jährigen Jubiläums der sogenannten Charta von Medina, ein Bündnisvertrag zwischen dem Propheten Mohammed und der Bevölkerung von Medina, der Religionsfreiheit für alle, ungeachtet ihres Glaubens, garantierte.

In der Erklärung von Marrakesch bekräftigten die Unterzeichnenden ihr „klares Bekenntnis zu den Grundsätzen der Charta von Medina, die eine Reihe von vertraglich vereinbarten staatsbürgerlichen Prinzipien enthält, wie z. B. Freizügigkeit, Eigentumsrechte an Grundstücken, Solidarität untereinander und gegenseitige Verteidigung, sowie Gerechtigkeit und Gleichheit vor dem Gesetz“.

Muslimische Erziehungseinrichtungen werden aufgefordert, aus Lehrplänen und Unterrichtsmaterialien Bestandteile zu entfernen, die Aggressivität und Extremismus befördern. Religiöse Minderheiten in muslimischen Ländern sollen „gerecht“ behandelt werden. Die Charta der Vereinten Nationen und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte werden anerkannt, ihr Verhältnis zur Scharia oder Islam als Staatsreligion aber nicht thematisiert. Inwieweit die Marrakesch-Erklärung zu konkreten Schritten in Gesetzgebung und Erziehungswesen in muslimischen Gesellschaften führt, ist nicht abzusehen.

Die Konferenz stand unter der Schirmherrschaft von König Mohammed VI. von

Marokko, der eine Modernisierung seines Landes befördern will, und wurde gemeinsam vom Ministerium für Stiftungswesen und islamische Angelegenheiten und dem in den Vereinigten Arabischen Emiraten angesiedelten Forum zur Förderung des Friedens in den muslimischen Gesellschaften ausgerichtet.

Die 50 nicht-islamischen Führer bei dieser Konferenz brachten nicht nur ihre Dankbarkeit für diese Erklärung zum Ausdruck, sondern erhoffen sich weitere Schritte gemeinsamer interreligiöser Anstrengung und Solidarität, um eine globale Kultur des Friedens voranzubringen.

Niederlande: Evangelische Kirche konzentriert sich auf das Wesentliche

Die Evangelische Kirche in den Niederlanden steht vor der Herausforderung, „authentisch“ Kirche zu sein, so die Einschätzung von Dr. Arjan Plaisier, Generalsekretär der Generalsynode der Evangelischen Kirche in den Niederlanden.

Plaisier verweist auf Markus 6,7-9, wo Jesus seine Jünger aussendet und anweist, nichts Unnötiges mitzunehmen, nur ein Paar Schuhe für den Weg.

„Heute gewinnen die Worte Jesu, nichts mitzunehmen ... ‚wohl aber Schuhe‘, neue Aktualität“, schreibt Plaisier. „Als evangelische Kirche tragen wir ein schweres Paket mit uns herum. Unterwegs haben wir Dinge erworben und geleistet, die die Art und Weise beeinflussen, wie wir Jesus nachfolgen, und wir haben in dieser Nachfolge auf vielerlei Weise Gottes Güte erfahren.“

Nach Plaisiers Überzeugung ist es unsere Verantwortung, uns „von Jesus senden“ zu lassen, und er drängt darauf, dass wir uns die Jünger ansehen. „Sie machten sich ohne Lasten auf den Weg“, stellt er fest, „nur mit ihren Schuhen – ein leichterer Schritt, ein leichteres Laufen. Das weckt Begeisterung und Energie.“

Auf Kirche und Gesellschaft hören

Seit September 2014 setzt sich die Evangelische Kirche in den Niederlanden mit der Zukunft auseinander, ermutigt zu Diskussionen mit der Wissenschaft, der Trendforschung, mit Geistlichen, Mitgliedern der Kirchenvorstände, Synoden, jungen Menschen usw.

Im Februar 2015 führte die Kirche eine Umfrage bei ihren Mitgliedern durch, in der es um deren Ansichten zur Zukunft ging. Es beteiligten sich etwa 18.000 Menschen.

Plaisier ist sich im Klaren darüber, dass es schwierige Fragen stellt, auf die es keine einfachen Antworten gibt. Passiv zu bleiben ist jedoch keine Lösung, betont er. „Wir sind mit einem Rückgang der Mitgliederzahlen in der Kirche konfrontiert. Aber wir dürfen nicht in der Ecke sitzen und uns vom Pessimismus bestimmen lassen.“

Er ist dankbar, dass er seine Fragen in einem ökumenischen Kontext artikulieren kann: „Ich bin sicher, die Herausforderungen, die sich uns stellen, ähneln denen, mit denen andere Kirchen konfrontiert sind.“ Er hoffe, dass der von ihm vorgelegte Bericht anderen als Denkanstoß dienen könne.

Als unierte Kirche zu handeln, sei in sich selbst auch eine Möglichkeit, „sich auf das Wesentliche zu konzentrieren“, befindet Plaisier. „Tut nichts im Alleingang. Wir sind gemeinsam Kirche. Wir brauchen einander.“

„Die Evangelische Kirche in den Niederlanden lebt in einer Welt vieler Religionen und Weltanschauungen und steht deshalb vor der Herausforderung, die Position des Christentums neu zu bewerten“, erklärt van den Broeke, Mitglied des OeRK-Zentralausschusses. „Wir betrachten diese Herausforderung als Chance, den Sinn und die Gabe des Kirchenseins neu zu entdecken. Die OeRK-Missionserklärung ‚Gemeinsam für das Leben‘ spricht von der ‚Mission von den Rändern her‘. Menschen am Rande haben eigene Handlungsoptionen und sehen oft, was außerhalb des Blickfeldes von Menschen im Zentrum liegt.“

„Der Beitrag des Evangeliums ist für uns eine Leben schenkende, befreiende und ermutigende Botschaft“, so van den Broeke weiter. „KERK 2025 ruft die Evangelische Kirche in den Niederlanden zurück zum Wesentlichen. Auf unserem Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens feiern wir kirchliches Leben und ermutigen unsere Kirchenglieder, offen zu sein für den Heiligen Geist, die Bibel zu lesen und für ihre Mitmenschen und die Schöpfung Sorge zu tragen.“

Pan-Orthodoxes Konzil: Pfingsten auf Kreta

Die Oberhäupter der orthodoxen Kirchen haben sich auf ein gesamtorthodoxes Konzil geeinigt. Das ist Ergebnis einer Versammlung (Synaxis) der Patriarchen im Februar in Chambesy bei Genf. Eigentlich sollte es zum orthodoxen Pfingstfest am 19. und 20. Juni in Istanbul stattfinden. Doch weder hat die türkische Regierung die in Aussicht genommene alte Istanbuler Irenenkirche dafür freigegeben, in der 381 das Zweite Oekumenische Konzil getagt hatte, noch mochte der russische Patriarch Kirill I. wegen der politischen Spannungen seines Landes mit der Türkei nach Istanbul reisen, auch nicht zur Vorbereitungstagung zu Jahresbeginn. Jetzt wird das Konzil auf die griechische Insel Kreta verlegt, die kirchlich zum ökumenischen Patriarchat Konstantinopel zählt. Die einst mit evangelischer Hilfe erbaute Orthodoxe Akademie in Kolympari bietet Versammlungsräume für bis zu 400 Personen und ausreichend Betten. Jede der 14 autokephalen Kirchen entsendet bis zu 24 Bischöfe, dazu bis zu sechs Theologen als Berater. Das für **16. bis 27. Juni** geplante Panorthodoxe Konzil wäre nach orthodoxer Zählung das erste Konzil seit dem Jahr 787. Weltweit gibt



Photo © Alexander Freeman/OeRK

Orthodoxe Akademie auf Kreta

es zwischen 300 und 400 Millionen orthodoxe Christen. Die Orthodoxie zählt 14 allgemein anerkannte autokephale sowie fünf autonome Kirchen.

Das Konzil wird sich nur mit jenem Teil der vorbereiteten Themen befassen, über den bereits Einigkeit erzielt werden konnte. Dazu gehört u. a. das Anliegen des „Ökumenismus“ auf dem Hintergrund der Migrationsbewegungen. Weitere Vorlagen bleiben einer zweiten, noch nicht terminierten Zusammenkunft vorbehalten.

Die bereits fertig gestellte Abschlusserklärung der Kirchenoberhäupter wurde mit Verspätung veröffentlicht. Zu den Gründen dafür zählte z. B. die Weigerung des georgischen Patriarchen Ilia II., den Entwurf zum Konzilsthema „Ehehindernisse“ zu unterschreiben. Er wendet sich gegen eine Zulassung von „Mischehen“ mit anderen Christen und die Erlaubnis für Priester, nach dem Tod ihrer Frau noch einmal zu heiraten. Dazu treten Streitigkeiten über Zuordnung und Status von Kirchengebieten.

Die meisten der bislang zur Beschlussfassung vorgelegten Dokumente sind in englischer Sprache einsehbar auf der Internetseite des russisch-orthodoxen Außenamtes (<https://mospat.ru/en/>) unter „News“ und dem Datum 28.01.2016. Das Dokument zum Thema „Fasten“ könnte Ansatzpunkte entfalten, um die Frage der Überkonsumtion und Gier der globalen Ober- und Mittelschichten sowie die Spiritualität eines schöpfungsgerechten und zukunftsfähigen Lebensstils zu thematisieren. Es verbleibt jedoch in einem kasuistischen Kleinformat. Die Frage der Anpassung des liturgischen Kalenders – julianischer oder gregorianischer –, die ein gesamtchristliches Osterfest als Zeichen der Einheit ermöglichen würde, ist verschoben.

Orthodoxe und Evangelikale: Gipfel zum Schutz von verfolgten Christen

Einen Weltgipfel für christliche Leitungspersonen zum Schutz von verfolgten Christen planen die russisch-orthodoxe Kirche

und die evangelikale Billy Graham Evangelistic Association vom **28. bis 30. Oktober 2016** in Moskau. Die Konferenz soll über eintausend Delegierte aus einhundertundfünfzig Staaten zusammenbringen. Sie soll eine Antwort auf die Massenverfolgung von Christen im Nahen Osten, Afrika und anderen Teilen der Welt suchen.

OeRK: Konferenz zu Religion, Gewalt und Extremismus

Im Interesse einer offenen Diskussion in theologischen und praktischen Fragen, denen sich multi-religiöse Organisationen gegenüber sehen angesichts von Gewalt und Extremismus, haben der Weltkirchenrat zusammen mit dem General Board of Church and Society der United Methodist Church sowie der General Conference der Siebenten-Tags-Adventisten zu einer zweiten Konsultation in das UNO-Sekretariat nach New York eingeladen. Am 1. Februar 2016 trafen sich, eingeladen auch von der UN Inter-Agency Task Force for Engagement with Faith-based Organisations, der Ständigen Mission Finnlands bei den Vereinten Nationen und dem Netzwerk Religious and Traditional Peacemakers, mehr als 130 Teilnehmende aus zahlreichen Bereichen, sowohl aus dem religiösen Spektrum, aber auch aus den Vereinten Nationen und der Zivilgesellschaft. Schwerpunkt der Beratung bildete dabei die Auseinandersetzung mit Fragen von Gewalt im Namen der Religion und die Rolle der Religionen im Widerstand gegen Gewalt und Extremismus. Ziel war es, konkrete Vorschläge für die religiösen und ökumenischen Organisationen zu erarbeiten, die bei den Vereinten Nationen und anderen multinationalen Organisationen tätig sind. Eine Hauptrede hielt Drin. Clare Amos vom OeRK Programm für interreligiösen Dialog und Kooperation. Sie betonte, es seien nicht die Religionen, die Menschenrechte hätten, sondern jeder einzelne Mensch. Sie räumte ein, dass es heute nicht allen religiösen VertreterInnen leicht falle anzuerkennen, dass auch die eigene Religion in Gewalt verstrickt sein könne. Es gebe eine Tendenz, so Amos, die eigene Religion zu schützen, indem erklärt werde, dass diejenigen, die Gewalt ausübten, keine wahren VertreterInnen der eigenen Religion seien.

Rudelmar Bueno de Faria, Leiter des OeRK-Verbindungsbüros zur UNO in New York, fasste die Beratungen zusammen, indem er auf die Notwendigkeit hinwies, ein Narrativ der Hoffnung zu entwickeln, das einem solchen der Furcht und Angst entgegengesetzt werden müsse. Diese gemeinsame Aufgabe sei noch zu leisten und es gelte einen Ort zu schaffen, an dem die verschiedenen Beteiligten daran arbeiten könnten. Vielleicht könne die UN Interagency Task Force for Engagement with Faith-based Organisations dafür den Rahmen schaffen, so der OeRK-Vertreter.

Steuerpolitik: EU-Vorschläge zu greifen zu kurz

Die neuen Vorschläge der Europäischen Kommission zur Eindämmung der Steuer-Vermeidung gehen nicht weit genug, erklärte in Brüssel die Organisation Christian Aid. Besonders für die Staaten der Zweidrittelwelt schaffe sie noch immer nicht genug Möglichkeiten, die auf ihrem Territorium operierenden großen internationalen Unternehmen zu kontrollieren und gerecht zu besteuern. Nach Aussagen von Joseph Stead, Berater bei Christian Aid für Gerechtigkeitsfragen, habe die Europäische Kommission die Chance vertan zu zeigen, dass sie gewillt sei, ihre Macht zugunsten der Entwicklungsländer einzusetzen. Zwar sollten die Unternehmen verpflichtet werden, im Land ihres Hauptsitzes die entsprechenden Daten zu Steuern und Gewinnen bereitzustellen. Diese sollen dann auch unter den Mitgliedsstaaten ausgetauscht werden, aber nicht darüber hinaus, anders, als es die OECD fordert. Nach Angaben der OECD entgehen diesen Ländern durch diese Praxis und die damit verbundene Intransparenz zwischen 110 und 330 Milliarden Euro jährlich. Das bedeutet, dass diese Länder mehr durch entgangene Steuern verlieren, als sie durch internationale Hilfe erhalten.

Reformationsjubiläum: Gemeinsames katholisch-lutherisches Gebet

Der Lutherische Weltbund (LWB) und der Päpstliche Rat zur Förderung der christlichen Einheit haben die lutherischen Kirchen und die Katholischen Bischofskonferenzen weltweit dazu aufgefordert von dem gemeinsam verfassten Gebet für die Vorbereitung der Reformationsfeierlichkeiten 2017 Gebrauch zu machen.

In einem gemeinsamen Brief an die katholischen Bischofskonferenzen und die Mitglieder des LWB haben der Generalsekretär des LWB, Pfr. Martin Junge, und der Präsident des Päpstlichen Rates, Kurt Kardinal Koch, das Gebet vorgestellt und darauf hingewiesen, dass es sich um das erste gemeinsam entwickelte liturgische Gebet handle. Das gemeinsame Gebet sei ein sehr besonderer Akzent auf dem Weg von „Konflikt zu Gemeinschaft“, schreiben Koch und Junge. Ziel sei es auch, um Vergebung zu bitten und die Wunden der Kirchenspaltung hinter sich zu lassen. Der Leitfaden weise den Weg für eine katholisch-lutherische Erinnerung an den Beginn der Reformation durch Martin Luther im Jahr 1517. Er umfasst gemeinsame Gebete sowie liturgische und musikalische Materialien. Auch sind konkrete Empfehlungen enthalten, wie KatholikInnen und LutheranerInnen gemeinsam singen und beten könnten

www.lutheranworld.org

Methodisten: Verbindungsbüro in Rom

Der Weltrat der Methodisten hat ein neues Verbindungsbüro für ökumenische Angelegenheiten in Rom eingerichtet. Aus diesem Anlass fand auch der Besuch einer methodistischen Delegation bei Papst Franziskus statt. In seinem Grußwort betonte Franziskus die Bedeutung des gegenseitigen Vertrauens und Respekts beim ökumenischen Dialog. Es sei wichtig, den Glauben des jeweils anderen zu schätzen. Er erinnerte daran, dass es seit fast fünfzig Jahren eine gemeinsame Gesprächskommission für theologische Fragen gebe. Abgesehen von den Unterschieden, die noch existierten, bereichere uns aber der Dialog auf beiden Seiten. Nach der Begegnung kam es zu einem Treffen mit dem Päpstlichen Rat für die Einheit der Christen.

Neuseeland: Oekumene schreitet voran

Die anglikanische, römisch-katholische und die methodistische Kirche haben in Aotearoa (Neuseeland) einen ökumenischen Rat gegründet, der das gegenseitige Verstehen vertiefen soll: Am 25. Februar 2016 traf sich in Wellington der National Dialogue for Christian Unity (NDCU) zum ersten Mal. Alle beteiligten Seiten würdigten den Schritt, den schon jetzt freundschaftlichen Beziehungen zwischen den drei Kirchen einen formalen Rahmen zu geben und so den gemeinsamen Weg zu vertiefen. Dr. Mele'ana Puloka, OeRK-Präsident für die pazifische Region, nahm an der Konferenz teil und betonte in seinem Grußwort, dass Gottes Handeln überall am Werk sei, wo christliche Einheit Gestalt annehme.

Zypern: Interreligiöser Dialog zukunftsweisend

Der Dialog der Religionsführer auf Zypern weist über das Land hinaus und kann ein Modell für den Nahen Osten und andere Regionen werden, erklärten der griechisch-orthodoxe Bischof Porfyrios von Neapolis und der Mufti von Zypern, Dr. Talip Atalay. Beide sprachen auf einer Konsultation „Interreligious Communication, Freedom of Religion and Peace Building“, zu der die schwedische Mission bei den Vereinten Nationen in Genf eingeladen hatte. Das Treffen fand am 11. März 2016 statt. Die Teilnehmenden am Gespräch betonten die Bedeutung, die die Unterstützung durch Dr. Heiner Bielefeldt, Sonderberichterstatter für Religions- und Weltanschauungsfreiheit des UN-Menschenrechtsrats, für die Gespräche habe. Salpy Eskidjian, ehemalige Mitarbeiterin des OeRK und jetzt verantwortliche Koordinatorin des Office of the Religious Track of the Cyprus Peace Process, moderierte das Treffen. Bielefeldt hatte bereits im

Dezember 2015 in seinem Bericht an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen darauf hingewiesen, dass der vertiefte Dialog zwischen christlichen und muslimischen Führern zu dem aktuellen Fortschritt in den Gesprächen wesentlich beigetragen habe, dazu gehörte auch die Wiedereröffnung von Kirchen und Moscheen, die jahrzehntlang nicht zugänglich gewesen waren. Der Vertreter der Vereinten Nationen wies darauf hin, wie bei einzelnen Aktionen religiöse Führer die Stätten der Verehrung der anderen selbst gereinigt hätten, um so guten Willen zu zeigen und Vertrauen zu schaffen. Einige der Aktionen seien auch für Vertreter anderer Religionen und Gemeinschaften geöffnet worden, etwa für Protestanten, Bahai oder Buddhisten. Damit werde auch das Bewusstsein für die wachsende religiöse Pluralität gestärkt, so Dr. Bielefeldt.

Friedliche Koexistenz zwischen griechischen Zyprioten, türkischen Zyprioten, Armeniern, Maroniten und Lateinern ist nicht irgendeine ferne Utopie, sondern sie ist die Erfahrung unserer Vorfahren über viele Jahrzehnte in diesem unserem geteilten Heimatland, erklärte Bischof Porfyrios. Peter Weiderud, Direktor des Swedish Institute im ägyptischen Alexandria, ebenfalls ein früherer OeRK-Mitarbeiter, wies darauf hin, dass Dialog eine Notwendigkeit sei, wir schließen ja Frieden mit Feinden, nicht mit Freunden, so Weiderud, für den der inter-religiöse Dialog immer dem Frieden dient.

Rassismus: OeRK trägt zur Beendigung der Diskriminierung bei

Rassismus, rassistische Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz negieren den Kern menschlicher Existenz, indem sie ihre Ursprünge und Identitäten bestreiten. Dieses Jahr findet zum fünfzehnten Mal seit 2001 die „Weltkonferenz gegen Rassismus, rassistische Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und darauf bezogene Intoleranz“ in Durban (Südafrika) statt.

Oekumenische Anstrengungen der letzten Jahrzehnte, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu benennen und zu überwinden, zeigen, dass der OeRK und seine Mitgliedskirchen an der Seite von Opfern rassistischer und fremdenfeindlicher Diskriminierung aus den verschiedensten Kontexten stehen. Darunter sind die Dalit in Indien, indigene Bevölkerungen in unterschiedlichen Ländern, Migranten in Europa und anderswo, aber auch etliche andere Menschen, die wegen Ungerechtigkeiten auf Grundlage rassistischer und ethnischer Zuschreibungen und Identitäten leiden.

Eine Zusammenstellung von Stimmen aus der OeRK rief die Weltöffentlichkeit dazu auf, unterschiedliche Ausprägungen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeiten zu verurteilen. Im 21. Jahrhundert ist die Menschheit noch immer der Sünde des Rassismus ausgesetzt, wie Dr. Dr. Agnes Abuom, die

Moderatorin des OeRK-Zentralkomitees, ausführte. „Tatsächlich ist die Fratze des Rassismus in vielen Teilen der Welt wieder zum Vorschein getreten, zu einer Zeit, in der wir über die besten Kommunikationsgeräte und -fähigkeiten verfügen, einer Zeit, in der Interaktion zwischen den Menschen durch moderne Kommunikationskanäle nie einfacher war. Rassismus bleibt eine Sünde und eine Verletzung der menschlichen Würde und der Menschenrechte.“

In Asien ist die Diskriminierung auf Grundlage von Abstammung und Beruf, wie sie die Dalit in Indien und Nepal, die Minjung in Südkorea und die Burakumin in Japan erleben, ein weitverbreitetes Phänomen. Es sei sowohl in der persönlichen Psyche als auch innerhalb des sozialen Systems verankert. Dies mache die Notwendigkeit der Veränderung sowohl auf individueller wie struktureller Ebene nötig, wie Dr. Peniel Rajkumar, der Programmverantwortliche für Interreligiösen Dialog und Kooperation des OeRK deutlich machte. „Alarmierend ist nicht nur der Grad des Hasses und der Unmenschlichkeit, in der sich diese Diskriminierungsformen manifestieren, sondern auch das Stillschweigen und die Beteiligung der Umwelt, die ermöglicht, dass solche Diskriminierungsformen erst fortgeführt und schleichend weitergetragen werden.“

In Europa hat die so genannte „Flüchtlings- und Migrantenkrise“ zu einem alarmierenden Anstieg xenophober Hysterie und Gewalt gegen Geflüchtete und Migranten geführt, erläuterte Dr. Katalina Tahaafé-Williams, die OeRK-Programmverantwortliche für Mission und Evangelisierung. Zusätzlich dazu sei in der gesamten Region ein deutlicher politischer Ruck nach Rechtsaußen zu beobachten, wie sie hinzufügte. Sogar jene europäischen Staaten, die in der Vergangenheit offener und gastfreundlicher gegenüber Migranten und Geflüchteten waren, hätten nun ihre Politik an das rechtskonservative Paradigma angepasst. Die Rhetorik der fremdenfeindlichen Angst und der nationalistischen Exklusivität sei nun normativ geworden und würde in den jeweiligen Öffentlichkeiten akzeptiert. Europa könne es besser, meinte sie.

Auf der ganzen Welt wird die Herabstufung von Menschen aufgrund ihrer Nationalität in vielen Instanzen als ein politisches Werkzeug genutzt, eine Gemeinschaft zu diskriminieren und sie von der Bevölkerung auszuschließen. Selbst Stätten des Gebets und die Menschen, die sich dort versammeln, seien von derartigen Angriffen nicht mehr ausgenommen, wie die Ereignisse in der Emanuel African Methodist Episcopal Church in Charleston, South Carolina (USA) im Juni 2015 zeigten, so Pfr. Garland F. Pierce, leitender Mitarbeiter des OeRK-Generalsekretärs. Der Pilgerweg für Gerechtigkeit und Frieden, auf den sich der OeRK aufgemacht hat, sei dagegen ein Ruf für eine die Welt verändernde Gerechtigkeit.

OeRK und Nachhaltige Entwicklungsziele: Religion leistet wichtigen Beitrag zum Engagement für nachhaltige Entwicklung

„Glücklicherweise ist Religion heute in der Politikwissenschaft und der Entwicklungsliteratur kein ‚Tabu‘ mehr“, erklärte Olav Fykse Tveit, Generalsekretär des OeRK, in seinem Hauptreferat anlässlich der Konferenz „Partner für den Wandel – Religionen und die Agenda 2030“, in Berlin.

Die Teilnehmenden würdigten die besondere Rolle der Religion in allen Gesellschaften. Religion sei für viele Menschen die wichtigste Quelle ihrer Werte. Diskutiert wurde zudem, dass jede Entwicklungspolitik, die das Individuum ernst nehmen wolle, auch die Weltsicht der jeweiligen Person berücksichtigen müsse. Für die meisten Menschen gelte, dass diese Weltsicht grundlegend durch ihre Religion geprägt sei.

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerd Müller, verwies darauf, dass 80 Prozent der Weltbevölkerung einer Religionsgemeinschaft angehören. „Das Potenzial der Religionen für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung“ verdiene „großen Respekt“. Er unterstrich die weltweite Basisverwurzelung der kirchlichen Zielsetzungen.

Die Teilnehmenden der Konferenz „Partner für den Wandel“ die am 17. und 18. Februar stattfand, stellten fest, Religion leiste einen praktischen Beitrag im Blick auf grundlegende soziale Belange. In vielen Entwicklungsländern gäbe es ohne diesen Beitrag kein Bildungs- und Gesundheitssystem.

Die Präsidentin von Brot für die Welt, Cornelia Füllkrug-Weitzel, sagte, die Konzentration von Reichtum bedeute im christlichen Verständnis eine Sünde. Die Güter der Erde seien Gemeingut und müssten geteilt werden. Diese Überzeugungen seien die Basis für die breite entwicklungspolitische Arbeit der Kirchen.

Die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung umfasst 17 entsprechende Ziele sowie 169 Zielvorgaben für die kommenden 15 Jahre, die auf die Überwindung extremer Armut, die Bekämpfung von Ungerechtigkeit und die Bewältigung des Klimawandels ausgerichtet sind.

Nach der UN-Agenda für nachhaltige Entwicklung sollen bis 2030 Armut und soziale Ungleichheit beseitigt und die Lage von Umwelt und Menschenrechten verbessert werden. Anders als die im Jahr 2000 beschlossenen Millenniumsziele, die 2015 ausliefen, gelten die UN-Nachhaltigkeitsziele nicht nur für Entwicklungsländer, sondern auch für Schwellen- und Industrienationen.

Globaler Mangel: Wasser ist ein Geschenk an alle

Afrika ist einer der größten Kontinente der Erde und hat dabei große Unterschiede zwischen Arm und Reich in Bezug auf den Zugang zu Wasser aufzuweisen, wie aus den Berichten der UNO und anderer unabhängiger Gruppen hervorgeht. „Wenn man heute auf Afrika schaut – im Norden, Süden, Osten und Westen – ist Wasser zu einem Geschenk und einem Recht geworden“, sagte Agnes Abuom, Moderatorin des Zentralkomitees des Weltkirchenrates (OeRK) in Beit Jala/Palästina, „an einigen Orten in Afrika haben wir Kinder, die über das ganze Jahr kein Wasser sehen.“

Mehr als ein Viertel der afrikanischen Bevölkerung, besonders in der Subsahara, benötigt mehr als eine halbe Stunde, um Wasser zu holen, da ungefähr 66 Prozent Afrikas Trockengebiet oder Halbtrockengebiet sind. Wo in Afrika Wasser vorhanden ist, werden bis zu 60 Prozent der Ressourcen des Kontinents nicht genutzt, so die Angaben verschiedener NGO.

Abuom erläuterte hierzu, Ursache sei einerseits die Wüstenbildung, erschwerend komme aber hinzu, dass manche Unternehmen und reiche Bevölkerungsteile das Wasser zu ihrer alleinigen Verwendung vereinnahmten oder verschwendeten.

„Besonders für diejenigen, die von der Viehwirtschaft leben, bedeutet Wasser einen täglichen Kampf. In manchen Teilen Afrikas sind Männer, Frauen und Kinder oft hunderte Kilometer weit unterwegs auf der Suche nach diesem Geschenk.“

Daraus folge, Wasser sei nicht nur Leben, sondern auch eine Menschenrechtsfrage und ein Geschenk, das wir alle miteinander teilen müssen, betonte die kenianische Anglikanerin Abuom.

Deswegen sei Wassergerechtigkeit ein zentrales Thema für den ganzen Kontinent. „Afrika ist unter allen Kontinenten weltweit derjenige, wo die Verstädterung am schnellsten voranschreitet und wo in den Städten die Schere zwischen dem Bedarf und dem Angebot an Wasser und sanitären Anlagen immer weiter auseinanderklafft“, erklärte dazu Joan Clos, Exekutivdirektor des Programms der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (UN-Habitat). „Auch in diesem Zusammenhang gibt es eine gewaltige Ungleichheit zwischen den Armen in informellen Siedlungen und den Reichen, und wir sollten uns dafür einsetzen, sie zu verringern“, schloss Abuom.

THEMA

Konziliarer Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung und nachhaltige Entwicklungsziele (SDGs)

Christliche Weltverantwortung findet ihren Ausdruck im ökumenischen Eintreten für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, dem konziliaren Prozess. Er wurde 1983 bei der Vollversammlung des Oekumenischen Rates der Kirchen (OeRK) als ein gemeinsamer Lernweg mit gegenseitiger Selbstverpflichtung begonnen. Seine ursprüngliche Vision war ein gesamtchristliches Friedenskonzil. Er hat sich in christlichen Initiativen, Gemeinden und Kirchen verwurzelt. In ihm haben sich alle christlichen Konfessionen eingebracht, auch die römisch-katholische Kirche, die mit dem OeRK zusammenarbeitet, aber keine Mitgliedskirche ist. Sein erster weltweiter Höhepunkt wurde die Oekumenische Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung 1990 in Seoul/Südkorea. Sie war vorbereitet worden auf nationaler Basis, in Deutschland z.B. mit Versammlungen von Basisinitiativen und Kirchen in Magdeburg und Dresden 1988, in Königstein 1988 und Stuttgart, auf europäischer Ebene in Basel 1989. Der Lernweg wurde auf allen Ebenen fortgesetzt. Weitere europäische Stationen wurden Graz 1997 und Sibiu 2007, wie zuvor jeweils mit den katholischen Bischofskonferenzen. Auf globaler Ebene führte ihn der Oekumenische Rat der Kirchen weiter über seine Vollversammlungen und etwa die Dekade zur Überwindung von Gewalt oder den Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens (und der

Schöpfungsbewahrung) – bis hin zur Klimakonferenz in Paris. Auf nationaler Ebene haben insbesondere Basisinitiativen den Faden aufgenommen, in Deutschland zuletzt die Oekumenische Versammlung in Mainz 2014 „Die Zukunft, die wir meinen – Leben statt Zerstörung“.

Der konziliare Prozess gegenseitiger Verpflichtung auf Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung fasst mit dieser begrifflichen Trias die grundlegenden Überlebens- und praktischen Glaubensfragen handhabbar zusammen. Das ist nötig, wenn sich eine größtmögliche Zahl von Menschen einbringen können soll. Es ist gut, dass in den Kirchen in langen Zeiträumen gedacht und gelernt wird. Der konziliare Prozess fand ein Echo über die Kirchen hinaus.

Seine Vorgehensweise und Ergebnisse haben den säkularen Diskussionsstrang auf der Ebene der Vereinten Nationen erkennbar beeinflusst, so etwa Seoul 1990 mit dem Wiederhall bei der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro 1992. Konziliarer Prozess und die in Rio angestoßene Agenda 21 bieten zahlreiche Überschneidungen und Möglichkeiten der Kooperation.

So endet die Schlusserklärung der Konferenz der Vereinten Nationen zur Umwelt und Entwicklung von Rio de Janeiro 1992: „Frieden, Entwicklung und Umweltschutz hängen voneinander ab; sie lassen sich nicht trennen.“ Das stand am Beginn der Agen-

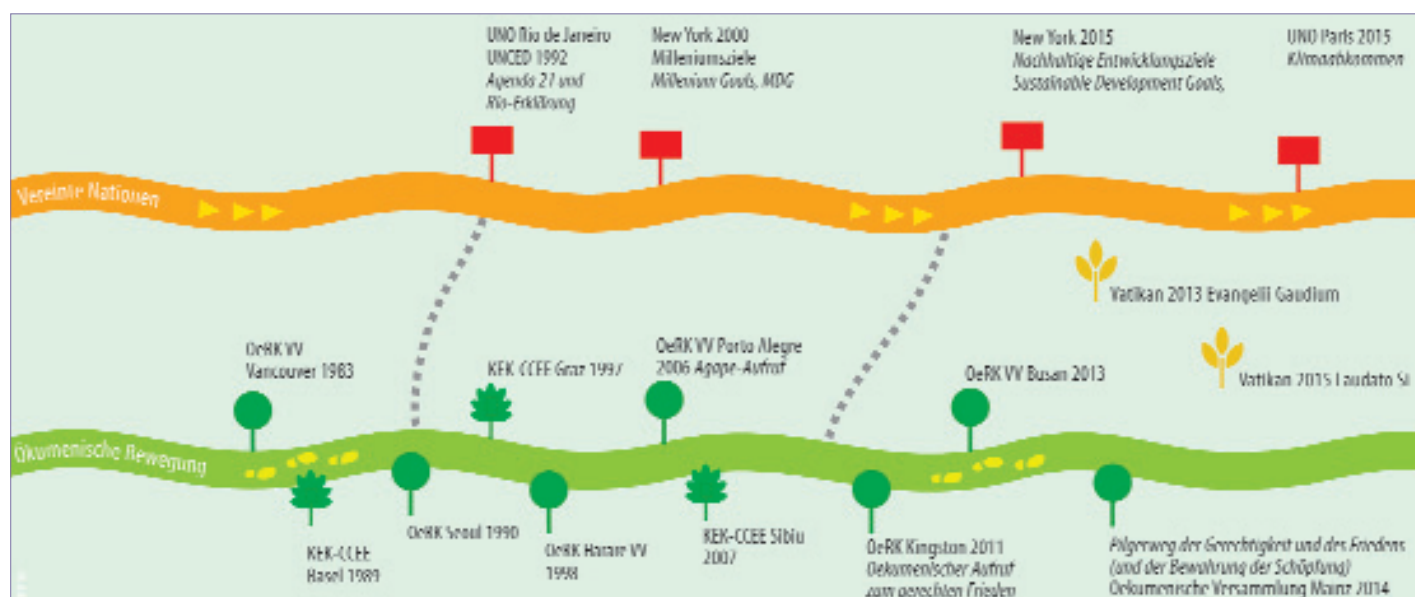
da 21. Und es war eine Ausgangsbasis für die späteren Millennium Development Goals, MDGs, die den Nachhaltigen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) vorausgingen. Es gibt gemeinsame Wurzeln und verbundene Ziele.

Dass es sich bei der Trias um eine über eine sehr lange Zeit bestandsfähige Zusammenfassung handelt, wird u. a. darin deutlich, dass 2015 Papst Franziskus in seiner letzten Enzyklika bekräftigte: „Friede, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung sind drei absolut miteinander verbundene Themen, die nicht getrennt und einzeln behandelt werden können, ohne erneut in Reduktionismus zu verfallen.“ („Laudato Si“, Rom 2015, Abs. 92) Diese Begriffstrias findet sich im Gesangbuch, in der Bezeichnung von kirchlichen Dienststellen ebenso wie etwa in der Präambel der Verfassung des Freistaats Sachsen oder im Schulgesetz von Mecklenburg-Vorpommern. Die Oekumenische Versammlung 2014 in Mainz hat sie erneut entfaltet.

Die Nachhaltigen Entwicklungsziele sind in der Folge der Bemühungen der Vereinten Nationen um eine konsistente und kohärente „Weltinnenpolitik“ entstanden vor allem seit der UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 und den acht Millennium Entwicklungszielen (MDGs) von 2000.

So können parallele Linien von Vancouver 1983, dem Beginn des konziliaren Prozesses, über Basel 1989, Seoul 1990, dann UNCED 1991 in Rio de Janeiro über die Millennium Development Goals bis zur Agenda 2030 der Vereinten Nationen im Jahr 2015 mit den SDGs gezogen werden.

Der gemeinsame Lernweg der Gerechtigkeit, des Friedens und der Schöpfungsbewahrung und seine säkulare Entsprechung im Rahmen der Vereinten Nationen



Abkürzungen: OeRK: Oekumenischer Rat der Kirchen/Weltkirchenrat; VV: Vollversammlung; KEK: Konferenz Europäischer Kirchen; CCEE: Rat der katholischen europäischen Bischofskonferenzen

Die 17 Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen

New York 2015



1. Armut in jeder Form und überall beenden



2. Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern



3. Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern



4. Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern



5. Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen



6. Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten



7. Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern



8. Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern



9. Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen



10. Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern



11. Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen



12. Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen



13. Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen – (in Anerkennung der Tatsache, dass die UNFCCC das zentrale internationale, zwischen-staatliche Forum zur Verhandlung der globalen Reaktion auf den Klimawandel ist)



14. Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen



15. Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodenverschlechterung stoppen und umkehren und den Biodiversitätsverlust stoppen



16. Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen



17. Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung wiederbeleben.

Logos der SDGs hier in der Interpretation des Welthauses Bielefeld ©

Zu jedem Ziel gibt es Unterziele, insgesamt 169. Nicht alle Ziele sind operationalisierbar, manche Ziele widersprechen sich, z. B. Nachhaltigkeit und generelles Wirtschaftswachstum.

Seoul und die SDGs

Der konziliare Prozess umgreift die Themen der SDGs, fasst sie vergleichsweise leicht kommunizierbar zusammen, artikuliert sich jedoch in einem weiteren Horizont. Als globales Fragen- und Themenraster können für den konziliaren Prozess die wichtigsten Ergebnisse der Oekumenischen Weltversammlung in Seoul 1990 herangezogen werden. Die Grundüberzeugungen von Seoul – als repräsentative zusammenfassende Botschaft des konziliaren Prozesses – wurden weiter entfaltet auf den OeRK-Vollversammlungen der folgenden Jahre (Canberra, Harare, Porto Alegre und Busan), bei den Europäischen Oekumenischen Versammlungen (Graz, Sibiu), den weiteren Ergebnissen der weltweiten Konfessionsfamilien, etwa des Reformierten Weltbundes in Akkra, von OeRK-Kommissionen in Sao Paulo, und der ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt in Kingston. Den Hauptthemen der Grundüberzeugungen von Seoul 1990 entsprechen einzelne SDGs (hier zitiert nach der Indikatorenliste der UNO vom 11.08.

2015). Die Enzyklika „Laudato Si“ von Papst Franziskus hat diese Ergebnisse weit hin mit eigenen starken Worten bekräftigt.

Im Folgenden werden zu den in den Kirchen weltweit bestätigten Grundüberzeugungen von Seoul 1990 beispielhaft Nachhaltige Entwicklungsziele von 2015 mit Unterzielen in Beziehung gesetzt.

So besagt die **Grundüberzeugung I**, dass alle Ausübung von Macht vor Gott verantwortet werden muss. Menschen sind nicht die Herren der Schöpfung, sondern rechenschaftspflichtige Mitgeschöpfe. Untereinander haben Menschen gleiche Rechte. Eine solche Aussage macht den weiten Horizont, Selbstverständnis und Handlungsrahmen erkennbar.

Die **Grundüberzeugung II** bekräftigt, „dass Gott auf der Seite der Armen steht“ der Ausrottung der Armut gewidmet („Wir werden allen Kräften, politischen Maßnahmen und Institutionen widerstehen, die Armut verursachen und fortbestehen lassen oder sie als unvermeidlich und unausrottbar hinnehmen.“) Dem entspricht SDG 1 (Ar-

mut in allen ihren Formen und überall beenden).

Ergänzend nachzufragen ist jedoch die Messung von Verschuldung einschließlich individueller Überschuldung und von Reichtum. Hier existieren bereits Grundlagen, wie die bekannten Oxfam-Studien („An Economy for the 1%“, London, 2016) und die Diskussion darüber zeigen. Kirchen mit ihren Hilfsorganisationen und Mikrokreditorganisationen (Oikocredit) haben hier einiges beizutragen.

Die **Grundüberzeugung III** lautet „Wir bekräftigen, dass alle Rassen und Völker ebenbürtig sind“. Die ökumenische Bewegung bildet einen sensiblen Resonanzboden für die Stimmen von gering Geachteten. Dass sie damit auch Wirkungen erzielte, zeigte das Antirassismusprogramm des OeRK.

Die entsprechenden Anliegen wollen die Nachhaltigen Entwicklungsziele 10.2 (bis 2030 alle Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Rasse, Ethnizität, Herkunft, Religion oder wirtschaftlichem

oder sonstigem Status zu Selbstbestimmung befähigen und ihre soziale, wirtschaftliche und politische Inklusion fördern), 10.3 (Chancengleichheit gewährleisten u.a. durch die Abschaffung diskriminierender Gesetze, 10.3.1, 10.3.2, und 17.18 (verlässliche Datengrundlagen schaffen, aufgeschlüsselt nach Einkommen, Geschlecht, Alter, Rasse, Ethnizität, Migrationsstatus, Behinderung, geografischer Lage).

Die **Grundüberzeugung IV** formuliert: „Wir bekräftigen, dass Mann und Frau nach dem Bilde Gottes geschaffen sind“.

In der weiteren Ausführung heißt es „Wir werden jeder patriarchalischen Struktur widerstehen, die die Gewalt gegen Frauen in Familie und Gesellschaft verfestigt, die ihre Arbeitskraft und ihre Sexualität ausbeutet.“

Hier finden sich operationalisierte Entsprechungen bei den SDGs 4, 5 und 10, z. B. 4.1 (gleichberechtigte Bildungszugänge schaffen) 4.5, 5, 5.1 ff., bes. 5.4 (unbezahlte Pflege- und Hausarbeit anerkennen), 5b (Grundlagentechnologien für die Selbstbestimmung der Frauen nutzen), 10.3 (Chancengleichheit gewährleisten).

Die **Grundüberzeugung V** bekräftigt, „dass Wahrheit zur Grundlage einer Gemeinschaft freier Menschen gehört.“ Im Weiteren: „Wir bekräftigen, dass der Zugang zur Wahrheit und zu Bildung, Information und Kommunikationsmitteln ein menschliches Grundrecht ist.“ Dem entsprechen die Nachhaltigen Entwicklungsziele in ihrer Operationalisierung u.a. unter SDG 16.10 (öffentlicher Zugang zu Informationen und Grundfreiheiten schützen).

Die **Grundüberzeugung VI** „Wir bekräftigen den Frieden Jesu Christi“. Im weiteren: „Wir bekräftigen die umfassende Bedeutung von Gottes Frieden. Wir suchen nach allen erdenklichen Wegen, Gerechtigkeit zu schaffen, zum Frieden zu gelangen und Konflikte durch aktive Gewaltlosigkeit beizulegen. Wir werden allen Sicherheitsdoktrinen und -systemen widerstehen, die sich auf den Einsatz von Massenvernichtungswaffen und die Abschreckung mit ihnen ... stützen, sowie Doktrinen der nationalen Sicherheit, ... wir verpflichten uns dazu, ... auf den Verzicht auf Kriegsführung als rechtmäßiges Mittel zur Lösung von Konflikten hinzuwirken und die Regierungen dringend zu ersuchen, eine internationale Rechtsordnung zur Verwirklichung des Friedens auszuarbeiten.“ Dem entsprechen zunächst die Feststellung in der Präambel der die SDGs umgreifenden Agenda 2030, dass es ohne Frieden keine nachhaltige Entwicklung geben kann und ohne nachhaltige Entwicklung keinen Frieden, sodann die Nachhaltigkeitsziele SDG 4.7 (Friedensbildung), 8.7 (kein Einsatz oder Anwerbung von Kindersoldaten), 16 (allgemein Herrschaft des Rechts), 16.4 (Waffenhandel u. a.) sowie auch 5.2. (Gewalt gegen Frauen und Kinder).

Bei diesen Zielen fehlen jedoch durch längst operationalisierte Aspekte der Friedensproblematik: Rüstungsausgaben, Mas-



Photo © Peter Williams/OeKK

Pilgerwege beinhalten eine spirituelle Dimension

senvernichtungswaffen, Angebote und Kenntnisstand zu gewaltfreier und konstruktiver Konfliktbearbeitung.

Die **Grundüberzeugung VII** lautet: „Wir bekräftigen, dass Gott die Schöpfung liebt.“ In der Fortsetzung: „Da die Schöpfung von Gott ist und seine Güte die ganze Schöpfung durchdringt, sollen wir alles Leben heilig halten. Heute ist auf der Welt alles Leben bedroht, sowohl für die lebende Generation als auch für die kommenden, weil sich die Menschheit als unfähig erweist, die lebendige Erde zu lieben, und insbesondere die Reichen und Mächtigen die Erde ausgeplündert haben, als wäre sie für ihre egoistischen Zwecke geschaffen... Wir widersetzen uns des weiteren der Vernichtung von Arten um des von Menschen erzielten Gewinns willen, dem Konsumenten und der schädlichen Massenproduktion, der Verschmutzung von Land, Luft und Wasser, allen menschlichen Aktivitäten, die jetzt zu wahrscheinlich raschen Klimaveränderungen führen, sowie politischen Vorhaben und Plänen, die zur Zerstörung der Schöpfung beitragen.“

Als Entsprechung kann auf SDG 12.2 (nachhaltige Bewirtschaftung und effiziente Nutzung der natürlichen Ressourcen), 13 (Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen), 13.2 (Klimaschutzmaßnahmen in die nationalen Politiken, Strategien und Planungen einbeziehen) und 15 (Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen) verwiesen werden.

Grundüberzeugung VIII „Wir bekräftigen, dass die Erde Gott gehört“.

Und weiter heißt es: „Wir bekräftigen deshalb, dass das Land Gott gehört. Der Mensch sollte Boden und Gewässer so nutzen, dass die Erde regelmäßig ihre lebenspendende Kraft wiederherstellen kann, dass ihre Ganzheitlichkeit geschützt wird, und dass ihre Geschöpfe Raum zum Leben haben. Wir werden jeder Politik widerstehen, die Land als bloße Ware behandelt die Spekulation auf Kosten der Armen erlaubt, die Giftmüll auf das Land und ins Wasser entlädt, die Ausbeutung, ungleiche Verteilung und Verseuchung des Landes und seiner Erzeugnisse fördert, und die jenen die un-

mittelbar von der Nutzung des Landes leben, die Verfügungsgewalt darüber vorenthält. Wir verpflichten uns zu Solidarität mit Urvölkern ... und verpflichten uns ferner den ökologischen Lebensraum anderer Lebewesen zu achten.“ Als Querverbindung kann auf SDG 15 (Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen), sowie 12 (Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen), 12.2 (nachhaltige Bewirtschaftung und effiziente Nutzung der natürlichen Ressourcen), 12.5 (Abfallaufkommen durch Vermeidung, Verminderung, Wiederverwertung und Wiederverwendung deutlich verringern) verwiesen werden.

Grundüberzeugung IX „Wir bekräftigen die Würde und das Engagement der jüngeren Generation.“

Hier finden sich Operationalisierungen von Handlungszielen in den SDGs 4.4 (Zahl der Jugendlichen und Erwachsenen wesentlich erhöhen, die über die entsprechenden Qualifikationen einschließlich fachlicher und beruflicher Qualifikationen für eine Beschäftigung, eine menschenwürdige Arbeit und Unternehmertum verfügen), 4.6 (Alle Jugendlichen sollen lesen, schreiben und rechnen lernen), 8.6 (Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen), 8.b (globale Strategie für Jugendbeschäftigung).

Grundüberzeugung X „Wir bekräftigen, dass die Menschenrechte von Gott gegeben sind.“

In der weiteren Ausführung heißt es: „Gerechtigkeit und Menschenrechte sind unauflöslich miteinander verbunden. Die Quelle der Menschenrechte ist die Gerechtigkeit Gottes, der sein verklavtes und verelendetes Volk aus der Unterdrückung befreit (2. Mose 3,7 f.f.) ... Der Begriff der Menschenrechte sollte eindeutig bezogen werden nicht nur auf individuelle Rechte, sondern auf kollektive soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte der Völker.“ Dem entspricht SDG u.a. 4.7 (Bildung u.a. für Menschenrechte), 16 (allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen), 10.2 (se.o.).

Die Systematik in der Struktur der Aussagen im Konziliaren Prozess gegenseitiger Verpflichtung auf Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung

Die Grundstruktur



Die Gedankengänge folgen einer festen Struktur mit dem Dreischritt
Sehen, Urteilen, Handeln

SEHEN



- ▷ Wahrnehmung - unter Darlegung des eigenen gesellschaftlichen Standorts - des Zustands von Gerechtigkeit (z.B. Machtverteilung in Gesellschaft, Wirtschaft und Stand der Menschenrechte),
- ▷ Frieden (z.B. Konflikte, Militarisierung und Krieg),
- ▷ Schöpfung (z.B. Klimaerwärmung, Luft, Wasser, Wald, biologische Vielfalt) jeweils auf den lokalen, (welt-)regionalen und globalen Ebenen in Zuständen, Strukturen und Verantwortlichkeiten).

URTEILEN



- ▷ Reflexion orientiert an der biblischen Glaubensüberlieferung mit Lob Gottes und Vergegenwärtigung der eigenen Berufung
- ▷ Buße und Umkehr mit Verwerfungen sowie
- ▷ Neuorientierung mit Bekräftigungen.

HANDELN



- ▷ Handlungsorientierung für gemeinsame Praxis von Christen und Kirchen sowie
- ▷ Anforderungen an Politik auf lokaler, (welt-)regionaler und globaler Ebene unter Benennung der stärksten hinderlichen Strukturen und Kräfte
- ▷ Selbstverpflichtungen.

Grafiken © Stiftung Oekumene

Die SDGs – ein kritisch weiter zu entwickelnder Fortschritt

Die SDGs erscheinen nicht immer in sich selbst konsistent. Sie wurden als Kompromisse zwischen Regierungsvertretern, Konzernlobbyisten und Vertretern unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher Organisationen formuliert. Sie enthalten Voraussetzungen und Widersprüche, die zu bearbeiten sind – etwa zwischen Wachstumsmodell und Klimaschutz – und sie leiden an fehlender Messung von Gier und Gewalt, der Verschuldungs- und Reichtumswahrnehmung.

Dennoch stellen sie einen Fortschritt dar



Photo © Peter Williams/WCC

Gemeinsame Lernwege können Freude bereiten

im globalen Dialog um gemeinsame Zielsetzungen.

Christen und Kirchen können einen bedeutenden Beitrag dazu leisten. Eine spirituelle Grundlegung ist Voraussetzung für die Verankerung der Ziele für eine zukunftsfähige Entwicklung unseres gemeinsamen Hauses Erde in den Herzen der Menschen.

Umgekehrt können weiterentwickelte SDGs gemeinsame Ziele umsetzen helfen.

Im konziliaren Prozess steckt ein „weithorizontiges“, emanzipatorisches und zukunftermöglichendes Potential. Aus glaubensgegründeten Überzeugungen lässt sich eine Bereitschaft zur Umkehr im Denken und im Lebensstil sowie der Konsumtions- wie auch Produktionsweisen finden. Von hier kommt auch der Widerspruch gegen die Behandlung



Photo © Paul Jeffrey/OeRK

Fluchtursachen wie Armut, Krieg und Klimawandel müssen mit vielen Schritten angegangen werden

unserer Mitwelt als Ware. Von hier kommt die Bereitschaft, Gemeingüter umfassend zu definieren und als nicht „in-Wert-setzbar“ zu schützen. Eine Erkenntnis setzt sich allmählich durch: Ein auf materielles Wachstum gegründete Wirtschaftsmodell verbraucht mehr an Ressourcen, als auf unserem Planeten zur Verfügung stehen. Es ermöglicht einer Minderheit der Menschen ein gutes Leben. Zugleich schließt es trotz Anwachsens einer mittleren Konsumentenschicht eine Mehrheit der Menschen davon aus. Die Schöpfung wird bedroht. Dazu liefern UN-Organisationen wie die FAO oder die zivilgesellschaftliche Oxfam („An Economy for the 1%“, London, 2016) deutliche Hinweise. Etliche Fragen suchen nach Antwort: Wenn Ursachen für die gegenwärtigen Krisen vor allem in einem persuasiven Konsum- und Produktionsmodell der frühindustrialisierten Länder ausgemacht werden, wie kann dann in den Mittel (und Ober-)schichten mit nachhaltigen Erfolg zu einem anderen Lebensstil eingeladen werden? Welche Beiträge zu einer nötigen transformativen Spiritualität können Kirchen, Gemeinden und einer prophetisch biblischen Tradition verbundene Gruppen beitragen?

Gottesdienstliche Materialien

Der Oekumenische Rat bietet auf seiner Website zu jedem der SDGs einen Fürbitte-Vorschlag sowie auch Liedtexte an (in englischer Sprache) unter http://www.oikoumene.org/en/presscentre/files/PRAYERFOREVERYONE_22Sept.pdf. Sie wurden für Zeit vom 24. September bis 1. Oktober 2015 entwickelt.

Es gibt einen reichen Fundus von liturgischen Vorschlägen, Textauswahlen, Gebeten und Liedern aus der Durchführung der Oekumenischen Versammlungen.

Diese Veröffentlichung erscheint mit freundlicher Förderung von EWDE/Brot für die Welt, mehreren Landeskirchen und dem Plädoyer für eine ökumenische Zukunft.

Aus oekumenischen NETZEN

► Berlin

Kirchentag 2017 Berlin-Wittenberg Nachhaltige Entwicklungsziele – Entwicklungsland Deutschland

Kirchliche Initiativen in Deutschland haben sich nach der Verabschiedung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen mit der Frage beschäftigt, in welcher Form der Konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung darauf Einfluss nimmt.

Federführend seitens der Berliner ökumenischen Initiativgruppe Eine Welt, Treptow-Köpenick, haben sie einen Themenvorschlag: „Der Konziliare Prozess und die neuen Entwicklungsziele (SDGs)“ an das Präsidium des Kirchentages gerichtet mit der Bitte, dieses Thema aufzunehmen. Bei der Präsidiumssitzung wurde beschlossen, das o. g. Thema bei einer Podiumsveranstaltung zu behandeln. Leider wurde übersehen, dass die Nachhaltigkeitsziele für viele Themen des Kirchentages übergreifend gelten und deshalb zentral gestellt werden müssten. Alle Akteure im Konziliaren Prozess werden ermutigt, sich an dem o. g. Podium zu beteiligen.

Verdienstorden für Engagement für Nachhaltigkeit und konziliaren Prozess

In Anerkennung seines jahrzehntelangen Engagements für Nachhaltigkeit im Bezirk Treptow-Köpenick erhielt Dr. Klaus Wazlawik von Bezirksbürgermeister Oliver Igel die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Die Übergabe fand am 5. April in der Evangelischen St.-



Photo © Privat

Ordensübergabe an Dr. Wazlawik (links)

Laurentius-Stadtkirche in Berlin-Treptow-Köpenick statt. Mit 160 interessierten Teilnehmern und hochrangigen Referenten aus Deutschland und Österreich bot der umgebende Fachtag einen gelungenen Ausgangspunkt für gemeinsames Engagement, teilt die Pressestelle des Berliner Stadtbezirks mit.

Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Eine Welt ohne Hunger ist möglich!“ und blickte auf das 22-jährige erfolgreiche und konstruktive Engagement im Rahmen des Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung von Dr. Wazlawik zurück. Bezirksbürgermeister Igel würdigte insbesondere sein „planerisches Geschick“, das Strukturen geschaffen habe, um „soziale und nachhaltige Projekte ins Leben zu rufen“. Unter anderem sei durch Dr. Wazlawiks Engagement der erste interkulturelle Garten Berlins in Köpenick entstanden, jetzt gibt es in Berlin 70.

Kontakt: Oekumenisches Büro Treptow-Köpenick
Oekumenische Initiativgruppe Eine Welt (OeIGeW)
Treptow-Köpenick, Rudower Str. 23, 12557 Berlin
Tel.: 030/4673 4594

Bedrängnis christlicher Flüchtlinge

In Flüchtlingsunterkünften werden immer wieder christliche Flüchtlinge angefeindet. Der Oekumenische Rat in Berlin-Brandenburg (OeRBB) fordert deshalb einen besseren Schutz der Minderheit. Anfang März hat er sich deshalb in einem Offenen Brief an den Senat für besondere Schutzmaßnahmen für christliche Flüchtlinge ausgesprochen. Als eine Minderheit unter den Flüchtlingen würden Christen von muslimischen Asylbewerbern immer wieder als Menschen zweiter Klasse behandelt und seien sehr oft verbaler und manchmal sogar physischer Gewalt ausgesetzt, warnte der Vertreter der griechisch-orthodoxen Kirche, Archimandrit Emmanuel Sfiatkos.

Der OeRBB hat seinen Offenen Brief wieder von der Website gelöscht. „Es gab Reaktionen, in denen uns generelle Kritik an Muslimen vorgeworfen wurde. Das war nie unser Anliegen“, erläutert dazu Hans-Joachim Ditz, Geschäftsführer des OeRBB. Damit das Schreiben an den Senat nicht zur Verschärfung eines Religionskonflikts zwischen Christen und Muslimen benutzt wird, habe man es sicherheitshalber von der Homepage genommen. „Es geht uns um die Respektierung der Religionsfreiheit, eben auch zugunsten der geflüchteten Christen“, sagt Ditz. Deshalb setze sich der OeRBB nicht für eine Separierung der christlichen Flüchtlinge ein, sondern für eine höhere Quote in gemeinsamen Einrichtungen mit muslimischen Flüchtlingen.

Kontakt: OeRBB, Gierkeplatz 2-4, 10585 Berlin
Tel.: 030/3421000, post@oerbb.de

► Württemberg

Religiöse Identität von Flüchtlingen wahrnehmen

Zur Bedrängnis christlicher Flüchtlinge hat die Initiative Pro Oekumene in Württemberg einen Brief an Ministerpräsident Kretschmann geschrieben. Nach Berichten mehrerer Tageszeitungen erfahren christliche Flüchtlinge seitens der muslimischen Flüchtlingsmehrheit Herabsetzung, Ausgrenzung und Androhung von Gewalt. „Unser Engagement für Oekumene – wie auch für interreligiösen Dialog und Kooperation – bewegt uns, notwendige Solidarität für eine Minderheit unter den Flüchtlingen nicht zu verweigern. Wir denken neben den Christen auch an nichtchristliche religiöse Minderheiten (zum Beispiel Jesiden, Drusen)“, schreibt Pro Oekumene.

Die Initiative hält es für erforderlich, die religiöse Identität der Flüchtlinge wahrzunehmen und für die Rechte der Minderheit Sorge zu tragen. Wo dies nicht unternommen wird oder nicht gelingt, schlägt Pro Oekumene eine getrennte Unterbringung der Flüchtlinge nach Religionszugehörigkeit vor.

Kontakt: Pro Oekumene in Württemberg
c/o Pfarrer Harald Wagner, Neuhaldenstraße 37/2
70825 Korntal-Münchingen

► Oekumenisches Netzwerk Initiative Kirche von unten (IKvu)



Katholikentag – „Menschen allerlei“ – auch Leipzig

Die IKvu wird mit verschiedenen Aktivitäten auf dem 100. Katholikentag in Leipzig vom 25. bis 29. Mai vertreten sein. Unter dem Motto „Menschen allerlei“ wird in der Evangelischen Michaelis-Friedens-Gemeinde (Kirchplatz 9, Leipzig-Gohlis) ein Regenbogen-Zentrum entstehen, das von der ökumenischen Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche (HuK), dem Netzwerk katholischer Lesben (NkaL) und der IKvu gestaltet wird. Die BesucherInnen erwartet ein in vieler Hinsicht buntes Programm. Die Themen umfassen das gesamte Spektrum der Oekumene – von queeren Themen ebenso wie

Kirche und Rechtsextremismus bis hin zu alternativen Lebens- und Glaubensformen (www.zentrum-regenbogen.de). Bibelarbeiten, Mittags- und Abendgebete ermöglichen geistige Erfrischung, während eine IKvu-Cafeteria von Donnerstag bis Samstag für das leibliche Wohl sorgt. Herzlich eingeladen wird zum Abschluss-Gottesdienst des Zentrums am Samstagabend, 19.30 Uhr.

Weitere Veranstaltungen der IKvu finden im offiziellen Programm des Katholikentages statt:

Samstag, 14.00–15.30 Uhr: Kirche im Konflikt – Der Aktionskreis Halle zwischen Amtskirche und Stasi. Podium u.a. mit Joachim Garstecki, ehem. Sprecher des Aktionskreis Halle, Magdeburg.

Donnerstag, 14.00–15.30 Uhr: Unser Kreuz hat keine Haken! – Kirche und Rechtsextremismus: zwischen Tolerieren und Ausgrenzen. Podium u.a. mit Prof. Dr. Hermann Häring, Theologe, Tübingen.

Beide Veranstaltungen finden statt in der Kongresshalle am Zoo, Pfaffendorfer Str. 31, Leipzig.

Kontakt: Initiative Kirche von unten (IKvu)

c/o Evangelische Hoffnungsgemeinde, Hafenstr. 5
60327 Frankfurt am Main, www.ikvu.de

► Institut für Theologie und Politik (ITP)

„Hurra, diese Welt geht unter“ Über Apokalypsen, Utopien und wie es mit uns weiter geht

Ständig wird von Katastrophen gesprochen: das Klima kippt, Hunger wächst, Kriege brechen aus und Millionen Menschen sind auf der Flucht. Und trotzdem ist der Untergang dieser Welt ein Grund zum Jubeln, so beschreibt es die Band K.I.Z., von der der Titel der geplanten nächsten Sommerschule geliehen ist. Ihr Liedtext rennt mit Utopie gegen die Hoffnungslosigkeit an. Die Zerstörung macht einen Neuanfang möglich.

Auch die Apokalypse ist nicht einfach die Offenbarung des Untergangs, sondern viel mehr die Ankündigung einer neuen Welt. Die Sommerschule wird sich mit den biblischen apokalyptischen Texten und ihrer befreienden Dimension befassen. Was ist ihr Verständnis von Zeit und Geschichte? Welcher historische und soziale Kontext steckt hinter diesen Geschichten? Welche Utopie entwickeln sie? Und was sagt uns Utopie heute in unserer Situation?

Über Apokalypsen, Utopien und wie es mit uns weiter geht. Befreiungstheologische Sommerschule in Rheinböllen (Hunsrück) vom **06.–11.09.2016**.

Anmeldung: sommerschule2016@itpol.de

Institut für Theologie und Politik, Friedrich-Ebert-Str. 7
48153 Münster, Tel.: 0251/524738,

Fax: 0049 (0) 251 524788, kontakt@itpol.de

► Kairos Europa



Die wahren Fluchtursachen bekämpfen

Über sechzig Millionen Menschen sind gegenwärtig weltweit auf der Flucht. Das berührt auch unser Land und unsere Kirchen. Den Krisen, die die Menschen in die Flucht treiben, widmet sich Kairos Europa im Oktober. „Überlebensflüchtlinge und imperiale Lebensweise – Zur politischen Ökonomie von Migration und Flucht“ lautet zu Beginn ein Abendvortrag von Ulrich Brand, Universität Wien. Mitveranstalter ist das Zukunftsforum der Gewerkschaften Rhein-Neckar.

Ulrich Brand erläuterte seine Thesen zur „imperialen Lebensweise“ u. a. in der Vorbereitung der Oekumenischen Versammlung in Mainz 2014. Während auf der einen Seite die Zunahme ökologischer Krisenphänomene breite Bestätigung findet, werden andererseits die verursachenden Produktions- und Konsummuster mit politischer Unterstützung verfestigt.

Geopolitischen Gesichtspunkten wendet sich am Folgetag Clemens Ronnefeld zu, Friedensreferent beim Versöhnungsbund, menschen- und völkerrechtliche Gesichtspunkte bearbeitet Michael Windfuhr vom Deutschen Institut für Menschenrechte, Berlin. Biblisch-theologische Überlegungen steuert Michael Ramminger vom Institut für Theologie und Politik bei unter dem Titel „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon“. Zu seiner Jahrestagung lädt Kairos Europa vom **14.–16. Oktober 2016** ein in das Oekumenische Bildungszentrum in Mannheim.

Kontakt und Anmeldung: Kairos Europa e.V.

Im WeltHaus, Martin Gück, Willy-Brandt-Platz 5

69115 Heidelberg, Tel.: 0 62 21-4 33 36 22

Fax: 4 33 36 29, info@kairoseuropa.de

► Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK)

Auf Rekrutierung Minderjähriger für Bundeswehr verzichten

Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) hat die Bundesregierung aufgefordert, auf die Rekrutierung von Minderjäh-

rigen für die Bundeswehr zu verzichten und auch die zunehmende Nachwuchswerbung für den Beruf als Soldat in Jugendeinrichtungen einzustellen. Herausforderungen von Kriegsdienstverweigerung Die EAK blickt in diesem Jahr auf ihr 60-jähriges Bestehen und damit auf ihren langjährigen Einsatz für das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung und vor allem die Beratung von Kriegsdienstverweigerern und -verweigerinnen zurück.

Dies feiert die EAK am **09. und 10. Juni 2016** mit einem Festakt und Rahmenprogramm in Bonn und erinnert an die Herausforderungen von Kriegsdienstverweigerung, damals wie heute.

Schwerpunkte der Arbeit des evangelischen Friedensverbandes in den nächsten Jahren sollen der Beistand für Kriegsdienstverweigerer, der Einsatz für zivile statt militärische Lösungen bei internationalen Konflikten sowie die Gewissens- und Friedensbildung sein.

Kontakt: Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) im Verein für Friedensarbeit im Raum der EKD e.V. (VfF)

Endenicher Str. 41, 53115 Bonn, Tel.: 0228/24999-0
office@eak-online.de

► MEET Junge Oekumene

„Laudato Si“ im Evangelischen Stift

Erstmals hat ein Papst der Ökologie eine Enzyklika gewidmet. „Laudato Si“ verbindet angesichts der ökologischen Krise Fragen nach Gott, einer grünen Gesellschaft und globalem Handeln zu einer ganzheitlichen Ökologie und wurde in Kirche, Politik und Gesellschaft diskutiert. Am 21. Mai 2016 lädt das Netzwerk Junge Oekumene (MEET) ins Evangelische Stift in Tübingen ein, um sich einen Tag lang unter verschiedenen Perspektiven mit dieser Enzyklika zu beschäftigen. Zunächst wird der römisch-katholische Theologe Prof. Dr. Matthias Möhring-Hesse in den Text der Enzyklika einführen. Danach wird Frau Prof. Dr. Müller-Lindenlauf, Professorin für Agrarökologie an der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen exemplarisch ihre Sicht als Agrarökologin auf die Enzyklika vortragen. Dr. Guillermo Kerber, der bis vor kurzem beim Oekumenischen Rat der Kirchen in Genf Programmreferent für die Bewahrung der Schöpfung und Klimagerechtigkeit war, wird die Perspektive auf die interreligiösen Aktivitäten für Klimagerechtigkeit ausweiten. Auch der Austausch in kleinen Gruppen und in diversen Workshops wird nicht zu kurz kommen.

Weitere Informationen: www.meet-junge-oekumene.de

Eine Anmeldung wird bis zum **15. Mai 2016** erbeten.

Anti-Rassismus-Training

Zehn Jahre MEET – das muss gefeiert werden. Gelegenheit dafür bietet die nächste Jahrestagung, die vom 23. bis 25. September 2016 in Paderborn stattfinden wird. Am Freitagabend beginnt die Zusammenkunft einer gemeinsamen Andacht. Anschließend soll es bei einer gemütlichen Feier die Möglichkeit zu Austausch und Rückblick auf das vergangene Jahrzehnt geben. Am Samstagvormittag startet die MEET-Vollversammlung. Der Nachmittag steht unter dem Jahresthema „Ich bin ja nicht rechts, aber ...“: Geplant ist ein Anti-Rassismus-Training mit Workshop-Elementen. Unter der Frage „Wieviel Rassist steckt in mir?“ sollen eigene unbewusste Vorurteile ans Tageslicht gebracht werden. Gleichzeitig soll das Training praxisnahe Tipps geben, um gegen Stammischparolen zu argumentieren. Für den Samstagabend und Sonntagmorgen sind Begegnungen mit jungen orthodoxen Theologen aus verschiedenen Ländern sowie ein Gottesdienstbesuch bei der koptischen Gemeinde in Höxter geplant.

Anmeldungen bis zum 30. Mai an Hanne Lamparter
hanne_lamparter@hotmail.com

Kontakt: MEET, c/o Annegreth Strümpfel
Friedberger Landstr. 76, 60316 Frankfurt

► Wir sind Kirche

Laudato Si und TTIP

Die „KirchenVolksBewegung Wir sind Kirche“ spricht sich dafür aus, dass die Kirchen auf allen Ebenen eindeutig gegen TTIP und andere problematische Freihandelsabkommen Stellung beziehen und die Politik aufordern, diese abzulehnen. Freihandelsabkommen dieser Art würden fundamental gegen die kirchliche „Option für die Armen“ verstoßen, wie sie zuletzt auch Papst Franziskus in seiner Enzyklika Laudato Si formuliert hat. In seiner umfassenden Einführung in das am 18. Juni 2015 veröffentlichte päpstliche Rundschreiben Laudato Si zeigte Andreas Lienkamp, Professor für Christliche Sozialwissenschaften an der Universität Osnabrück, auf der 38. Bundesversammlung der katholischen Reformbewegung in Osnabrück eindrücklich auf, welch Meilenstein diese Umwelt- und Sozialenzyklika in der Tradition päpstlicher Sozialverkündigung sei. Papst Franziskus mache deutlich, dass der Einsatz für eine „ganzheitliche Ökologie“ zentraler Bestandteil unseres Glaubens ist. Dies erfordere auch eine neue Wahrnehmung und Deutung der biblischen Schöpfungserzählungen sowie des sich daraus ergebenden Auftrags an die Menschheit, Hüterin von Mutter Erde zu sein.

Die Enzyklika liefere kein Weltuntergangsszenario, so Lienkamp. Die wissenschaftlich

fundierte Beschreibung der ökologisch-sozialen Krise mache aber deutlich, wie dringend notwendig eine „kulturelle Revolution“ sei, bei der die Kirchen Anwältin all derer sein müsse, die jetzt und zukünftig von jeder Teilhabe ausgegrenzt sind. In der anschließenden Diskussion gab es viel Zustimmung zu den politischen und moralischen Herausforderungen der Enzyklika. Die ganze Kirche sollte sich diese Enzyklika noch viel mehr zu Eigen machen, als dies bis jetzt der Fall ist. Als Defizite bzw. „blinde Flecken“ der Enzyklika werden allerdings die mangelnde Berücksichtigung der Frauenfrage und fehlende Aussagen zur Familienplanung und Bevölkerungspolitik gesehen.

Für eine neue deutsche Synode nach „Würzburger Modell“

Die Bundesversammlung von Wir sind Kirche fordert die deutschen Bischöfe auf, einen konkreten Zeitplan und rechtlichen Rahmen für die Einberufung einer neuen Synode für die deutschen Diözesen vorzulegen. Die am 12. Februar 2016 von den Bischöfen angekündigte unverbindliche Fortführung des fünfjährigen Gesprächsprozesses werde in keiner Weise dem Anspruch einer „synodalen Kirche auf allen Ebenen“ gerecht, die Papst Franziskus und das Zweite Vatikanische Konzil für notwendig halten. Die Synode müsse auch gemeinsame Entscheidungsbefugnisse von Kirchenleitung und Kirchenvolk haben, wie das bei der Würzburger Synode der Fall 1971–75 zur Umsetzung des Konzils der Fall war.

Kontakt: Wir sind Kirche, Christian Weisner
Tel.: 0172/518 40 82, presse@wir-sindkirche.de,
www.wir-sind-kirche.de

► Versöhnungsbund



Eine neue Vision für Europa erforderlich

Eine „neue Vision für Europa“ basierend auf einer Kultur des Friedens; anstatt auf militärischen Doktrinen forderten 25 Vertreter der europäischen Zweige des Internationalen Versöhnungsbundes (IFOR) bei einem Treffen in Genf. Zusammenarbeit in Europa benötige wieder Solidarität und Menschlichkeit, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen.

So sollen die Regierungen

- ▷ *anerkennen, dass Flüchtlinge und MigrantInnen zuallererst Bürger sind.*
- ▷ *abrüsten, Kleinwaffen und Atomwaffen abbauen und den Waffenhandel verbieten.*

▷ *umdenken, Friedensbildung, interreligiösen Dialog und Ermächtigung sozialer Gemeinschaften fördern.*

Die europäischen Delegierten des Versöhnungsbundes erinnern daran, dass die europäische Zivilgesellschaft bei vielen Gelegenheiten erfahren konnte, „dass Konflikte durch klares Einstehen für die Menschenrechte, für Verhandlung und Einsatz von gewaltlosen Methoden gelöst werden können zum Schutz und der Sicherheit der Menschen.“

Wir orientieren uns an diesen Erfahrungen und positiven Werten.“ Sie fahren fort: „Flüchtlinge und Migranten zeigen uns mit ihrem Fußabdruck eindrücklich das Scheitern der aktuellen Politik. Europas Bemühungen und Ressourcen sollten wieder zur Bekämpfung der Ursachen sowie zur Anerkennung der Rechte von Flüchtlingen und Migranten als Bürger dieser Erde eingesetzt werden.“

„Es ist nötig, weitere Gewalt zu vermeiden, und insbesondere gewaltlose Strategien zu fördern, um Europas Solidarität zu stärken. „EUFOR's Aufruf geht an alle Menschen in Europa: Sie mögen ihre gemeinsame Verantwortung wahrnehmen und ein Europa schaffen, welches auf Hoffnung, nicht Angst, auf der Unterstützung von Nachbarn, nicht auf Hass gegenüber Fremden basiert. Gemeinsam können wir unsere Gemeinden und Regierungen dahingehend verändern. An der EUFOR Sitzung (01.04.2016) nahmen Vertreter aus Wales, England, Schottland, Schweden, Deutschland, Schweiz, Italien, Niederlande, Österreich und Belgien teil.“

Kontakt: Internationaler Versöhnungsbund
Deutscher Zweig e.V., Schwarzer Weg 8
32423 Minden, Tel. 0571/85 08 75

► PLÄDOYER für eine ökumenische Zukunft



Die gute Tradition des Widerstands

Im Missionshilfe-Verlag ist Ende März ein Buch des langjährigen Direktors des OeRK-Programms zur Bekämpfung des Rassismus, Baldwin Sjollem, erschienen. Es trägt den Titel „Dem Rassismus widerstehen. Persönliche Erinnerungen an das ökumenische Engagement gegen Apartheid und Rassismus.“ Es enthält ein Vorwort von Margot Käßmann: „Die gute Tradition des Widerstands“ und ein Nachwort der PLÄDOYER-Vorsitzenden Doris Peschke: „Das Anti-rassismus-Programm des OeRK: Lehren für die Gegenwart“, Das PLÄDOYER konnte

auch einen finanziellen Beitrag leisten für die Übersetzung ins Deutsche (Das Buch mit der ISBN 978-3-921620-99-1 hat 256 Seiten und kostet 16,80 EUR).

Das PLÄDOYER beteiligt sich auch an der Finanzierung eines Buches von zwei großen Ökumenikern: Karl-Heinz Dejung, dem Mitbegründer des PLÄDOYERS, dessen 75. Geburtstag im März in Arnoldshain mit einem Symposium gefeiert wurde – W. Gebert hat dort für das PLÄDOYER ein Grußwort gesprochen –, und Dr. Gert Ruppel, der die Geschichte des PLÄDOYERS in dem Band „Erinnern – für eine ökumenische Zukunft“ 2009 herausgegeben hat. Das neue Buch, das voraussichtlich im Mai erscheinen wird, ist eine Geschichte der ökumenischen Bewegung mit dem Schwerpunkt: „Ökumenische Gemeinschaft im Wandel der Zeiten. Interkulturelle und interreligiöse Perspektiven der ökumenischen Bewegung“. In den letzten Monaten sind drei bedeutende Ökumeniker verstorben: Prof. Karl Rennstich, Theologe, Historiker und Missionswissenschaftler, Dr. Gunther Hermann, dessen Buch „Apartheid als ökumenische Herausforderung. Die Rolle der Kirche im Südafrikakonflikt“ zur Aufarbeitung kirchlichen Verhaltens beigetragen hat, und Otto Dilger, Mitbegründer von Pro Oekumene-Initiative in Württemberg. Ihr Erbe soll nicht verloren gehen.

Kontakt: Werner Gebert, Banweg 14
72131 Ofterdingen, Tel.: 07473/95 98 98
Fax: 95 98 94, euw.gebert@t-online.de

► Pax Christi



Sieben Goldene Nasen des Rüstungsexports Ausstellung vor dem Bundestag

Das größte zivilgesellschaftliche Bündnis gegen Rüstungsexporte, die bundesweite Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ zeigte in Berlin die Eintages-Ausstellung „Die sieben Goldenen Nasen des deutschen Rüstungsexports!“ auf der Wiese vor dem Deutschen Bundestag. Pax Christi trägt den Zusammenschluss mit.

„Waffenhändler haben Name und Gesicht. Es sind einige wenige Unternehmen und ihre Anteilseigner, die sich auf Kosten von Leid, Not und Tod der Menschen, die in Konfliktregionen leben, sprichwörtlich eine Goldene Nase verdienen. Darauf machte Pax Christi und die Aktion Aufschrei mit den Skulpturen der Sieben großen Nasen des deutschen Rüstungsexports aufmerksam. Millionen Menschen sind auf der Flucht oder sterben,

weil ein paar vom lukrativen Geschäft mit Krieg und Waffenexport profitieren!“, erläuterte Christine Hoffmann, Pax Christi-Generalsekretärin und Sprecherin der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ am 26. Februar die Symbolik der Ausstellung.

„Mit der Ausstellung nennen wir beispielhaft sieben Profiteure deutscher Rüstungsexporte mit Namen und zeigen dazu jeweils die überdimensionierten Nasen-Profile der für die tödlichen Geschäfte verantwortlichen Personen in den Unternehmen Heckler & Koch, Krauss-Maffei-Wegmann, Thyssen-Krupp Marine Systems, Rheinmetall, Airbus Defence & Space, Diehl-Defence und der Daimler AG.“, so Jürgen Grässlin von der DFG/VK.

Mit einem Umfang von fast 12,9 Milliarden Euro genehmigte die Bundesregierung 2015 die Ausfuhr von Kriegswaffen und Rüstungsgütern in einem bisher nicht gekannten Ausmaß. Die Kampagnen-Sprecher fordern Wirtschaftsminister Gabriel auf, den Export von Kleinwaffen und deren Munition ganz einzustellen und alle Lieferungen in kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten sofort zu stoppen.

Kontakt: Pax Christi, Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin
Tel.: 030/20 01 67 80, sekretariat@paxchristi.de

► Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche



Letzte Chance Kirchenasyl

Eritrea, Sudan, Sahara, Libyen, Italien, Deutschland. Es sind diese oder andere Stationen, die Menschen auf der Flucht zurücklegen. Auch Aman war jahrelang unterwegs. Als er wieder nach Italien abgeschoben werden soll, ist er am Ende seiner Kräfte. Mithilfe einer ehrenamtlichen Unterstützerin findet er eine Kirchengemeinde, die ihm Kirchenasyl gewährt und ihn so vor der Abschiebung bewahrt.

Angekommen in Italien, hatte sich die nicht enden wollende Flucht fortgesetzt. Aman berichtet von systematischer Nicht-Versorgung und Abschreckung: „In Lampedusa zwang uns die Polizei, unsere Fingerabdrücke zu geben. Sie notierten unsere Namen, fotografierten uns und wir wurden im Freien mit der Kleidung unter einem sehr starken Wasserstrahl abgeduscht. Das Lager in Catania (Sizilien) war völlig überfüllt. Von mindestens drei oder vier Schiffen wurden alle Menschen dort hineingestopft – vielleicht 1000 insgesamt. Man vergab auch keine neuen Ausweise, die Zugang zu Essen

und Getränken gewährleisten. Schlafplätze gab es auch keine ohne Ausweis.“ Obdachlos und unversorgt ernährte er sich von etwas Wasser und wildwachsenden Kaktusfeigen, die ihm Bauchschmerzen und Hautausschlag am ganzen Körper bescherten. Auch die Kriegsverletzungen aus dem jahrelangen Zwangsmilitärdienst in Eritrea schmerzten ihn weiterhin.

Erst seit er in Deutschland – und: im Kirchenasyl – angekommen ist, schöpft er Hoffnung: „Ich bin durch meine Flucht von einer Todesstätte ins Leben gekommen“, sagt Aman. Dieses Leben findet vor allem im Pastorat der Kirchengemeinde statt. Dort hat er ein Zimmer, ein kleines Bad und eine Küchenzeile. Und da sind Menschen, die ihm beim Deutschlernen helfen, die ihn zum Arzt begleiten, die Kleiderspenden sammeln und ihn besuchen, mit ihm Tee trinken, reden, Schach spielen, Musik hören.

Wie die Geschichte ausgeht, ist noch unklar. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bezweifelt, dass Amans Geschichte ein besonderer Härtefall wäre und dass dadurch Deutschland für seinen Asylantrag zuständig werden könnte. Italien sei zuständig. So sei das Verfahren. Aber Aman gibt nicht auf und schmiedet Pläne für die Zukunft: „Ich möchte in Deutschland eine Ausbildung machen und ein ‚normales‘ Leben führen.“ Das umzusetzen ist schwerer als es zunächst klingt. Aber auch das gehört zum Kirchenasyl dazu: Geduld haben, abwarten, Ohnmacht aushalten, nicht müde werden zu hoffen und gemeinsam den aufrechten Gang üben.

BIRGIT NEUFERT

Kontakt: Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft
Asyl in der Kirche e.V., c/o Arbeitsstelle Ökumene –
Menschenrechte – Flucht – Friedensbildung
Shanghaiallee 12, 20457 Hamburg
Tel.: 040/36 90 02-62
birgit.neufert@kirchenasyl.de, www.kirchenasyl.de

► Kirchliche Hilfswerke zur Agenda 2030

Priorität für die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele

Die beiden großen kirchlichen Hilfswerke positionieren sich zur Agenda 2030 mit den Nachhaltigen Entwicklungszielen. Brot für die Welt und Misereor mahnen an, dass Deutschland die Umsetzung der Globalen Nachhaltigkeitsziele (SDG) mit Priorität versehen müsse.

Cornelia Füllkrug-Weitzel, Direktorin von Brot für die Welt, hob in einer Stellungnahme hervor, es sei ein großer Fortschritt, dass in der Schlusserklärung des Gipfels und in fast allen Reden der Staats- und Regierungschefs vor der UNO der untrennbare Zusammenhang von Armutsbekämpfung und Umweltschutz beschworen wurde. Die

17 SDGs nähmen nun aber nicht nur die Entwicklungsländer in die Pflicht, sondern auch die Industrieländer. In diesem Zusammenhang nannte Füllkrug-Weitzel Menschenrechtsverletzungen bei der Herstellung von Billigprodukten für europäische Märkte. Hier beginne die Verantwortung der importierenden Länder. Ein Festhalten an der Braunkohleverstromung sei nicht mit den Zielsetzungen zum Klimaschutz vereinbar. Die gegenwärtig praktizierte Form der Landwirtschaft trage durch die starke Inanspruchnahme von Flächen in Entwicklungsländern für den Anbau von Futtermitteln dort zu einer Verschärfung des Hungerproblems bei. Auch eine Fixierung auf Freihandelsabkommen, die nicht strikt an hohe Menschenrechts-, Sozial- und Umweltstandards gebunden seien, wirke der Erreichung der Ziele entgegen. „Die neue globale Agenda bietet den Referenzrahmen, jetzt all diese Knackpunkte zu bearbeiten und auf dem Weg zu einer menschenrechtsbasierten nachhaltigen Entwicklung weiter voranzukommen“, so Füllkrug-Weitzel. Misereor-Geschäftsführer Pirmin Spiegel kritisierte die Ausrichtung der Ziele auf ein auf Wachstum fixiertes Wirtschaftsmodell. Beide Hilfswerke beklagten in Anbetracht der aktuellen Flüchtlingskrise, dass eine rücksichtslose Durchsetzung von Wirtschaftsinteressen vielen Menschen die Lebensgrundlage raube.

► Brot für die Welt



Politischer Wille gefragt

Neben einer adäquaten finanziellen Unterfütterung der Ziele, schreibt Brot für die Welt auf seiner Internetseite zur 2030-Agenda, „ist es vor allem der politische Wille der einzelnen Nationen, die sich zu den Zielen bekannt haben, der entscheidend für Erfolg oder Misserfolg der 2030-Agenda sein wird. Es wird sich zeigen, ob die Industrie- und Schwellenländer in der Lage sind ihre Politikfelder, auch Handels-, Wirtschafts- und Finanzpolitik auf die Ziele der Agenda und damit auf nachhaltige Entwicklung auszurichten.“

Ein Problem stellt die Finanzierung der Agenda 2030 mit den Nachhaltigen Entwicklungszielen dar. Die Hilfsorganisation weist auf die Notwendigkeit hin, dass sog. Entwicklungsländer in die Lage kommen müssen, „ihr Steueraufkommen zu erhöhen und Steuerhinterziehung zu unterbinden. Etwa das Dreifache der aktuell gezahlten Entwicklungshilfe entgeht den Entwicklungsländern nach Berechnungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit

und Entwicklung (OECD) jedes Jahr durch Steuerhinterziehung und -vermeidung. Daran sind auch transnationale Konzerne im großen Stil beteiligt.“

Eine Posse am Rande

Die nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs), die im Verlauf von zwei Jahren von allen UNO-Mitgliedern unter Beteiligung von hunderten zivilgesellschaftlichen Organisationen ausgehandelt worden sind, wurden urheberrechtlich geschützt. Sie wurden umbenannt in Global Goals, und das Copyright besitzt Project Everyone, eine private unternehmensgestützte Gesellschaft mit Sitz in London. Auf der Webseite www.globalgoals.org beansprucht Project Everyone die 17 Symbole der Nachhaltigen Entwicklungsziele mit ihrer Zusammenfassung als ihr Eigentum.

► Misereor



Bundesregierung in der Pflicht

In einem Positionspapier schreibt Misereor zur Agenda 2030, die 17 Nachhaltigen Entwicklungsziele nähmen nicht nur Entwicklungsländer, sondern auch Industrienationen in die Pflicht. Auch Deutschland sei daher gefordert, eine umfassende Umsetzung der Ziele voranzutreiben.

„Die Menschheit sieht sich einer Reihe schwerwiegender politischer, ökonomischer und ökologischer Herausforderungen gegenüber. Ohne ein verantwortliches internationales Handeln und einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel sind diese jedoch nicht zu bestehen. Misereor betrachtet die Herausforderungen des Klimawandels, der Welternährung, von Krieg und Gewalt und die zunehmende Macht von Wirtschafts- und Finanzakteuren vor allem aus der Perspektive der Armen heraus. Notwendig ist der tiefgreifende Wandel der Wirtschaft und des Konsumverhaltens der westlichen Welt – hin zu einer nachhaltigen und gerechten Gesellschaft und zu einem globalen Miteinander. Dieser Wandel kann mit dem Begriff des „Weltgemeinwohls“ beschrieben werden. Wollen wir allen Menschen auf dieser Welt das gleiche Recht auf ein gutes Leben zugestehen, müssen wir unseren Lebensstil drastisch überdenken.“

Die SDGs würden alle Dimensionen der Nachhaltigkeit umfassen. Sie seien ambitioniert, weil ihr Zielkatalog wesentliche globale Herausforderungen wie z. B. nachhaltige Produktions- und Konsumweisen, den Schutz der Meere und Ozeane und die Reduzierung sozialer Ungleichheiten aufgreift.

Konkrete Aufgaben für Deutschland

Die katholische Hilfsorganisation empfiehlt die Entwicklung von Handlungsperspektiven für Deutschland auf mehreren Ebenen.

Zum Ziel 1: „Armut in jeder Form und überall beenden“

Bis zum Jahr 2030 soll nicht nur die extreme Armut überwunden werden. Auch soll der Anteil der Menschen in den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen halbiert werden, die nach der jeweiligen Definition in Armut leben. Deutschland ist gefordert, die Ungleichheit im eigenen Land zu reduzieren (Unterziel 10.1.). Die Schere zwischen Arm und Reich klappt auch in Deutschland immer weiter auseinander. Der Anteil der von Armut bedrohten Menschen ist zwischen 2005 und 2013 von 12 auf 16 Prozent gestiegen, die Vermögensungleichverteilung ist höher als in allen anderen OECD-Ländern. Um diese Ungleichverteilung von Armut und Reichtum in den Blick zu nehmen, schlägt MISEREOR vor, das Einkommensverhältnis der unteren 40 Prozent zu den oberen 10 Prozent der Gesellschaft als Indikator und Richtungsweiser für das Zieljahr 2020 zu verwenden.

Zum Ziel 2: „Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern“ rechnet Misereor „auch die Reduktion des sogenannten „Flächenrucksacks“ in der Landwirtschaft. So belegt die deutsche Landwirtschaft und Ernährungsindustrie durch den Import von Agrarrohstoffen enorme landwirtschaftliche Flächen im Ausland. Insbesondere der Import von Eiweißfuttermitteln wie Soja ist problematisch. Deutschland müsse sich zum Ziel setzen, bis 2030 den Anteil des ökologischen Anbaus von derzeit 7 Prozent auf 30 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche auszuweiten.“

Zum Ziel 8: „Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern“ stellt das katholische Werk zur Entwicklungszusammenarbeit fest, insbesondere bei ArbeiterInnen, die in globalen Lieferketten tätig sind, seien Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen nach wie vor weit verbreitet. Um Arbeitsrechte weltweit zu schützen und zu stärken, sollten z. B. Nahrungsmittelkonzerne und Konzerne des Lebensmitteleinzelhandels ihre starke Position gegenüber den Zulieferern nutzen.

Die Bundesregierung habe sich verpflichtet, bis 2016 einen „Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte“ vorzulegen. Die Bundesregierung sollte sich zum Ziel setzen, bis 2020 verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für alle deutschen Unternehmer entlang der gesamten Wertschöpfungs- und Lieferketten gesetzlich zu verankern.

Oekumenische Netze im Konziliaren Prozess

Der OEKUMENISCHE INFORMATIONSDIENST bietet unter anderem den hier aufgeführten oekumenischen Netzen eine Austauschplattform.

Bayern

Oekumenisches Netz in Bayern

c/o H. H. Willberg
Mühlbachweg 13, D-90559 Burgthann
Tel.: 091 83 / 95 00 39

Berlin

Oekumenischer Rat Berlin-Brandenburg

Oekumenisch-Missionarisches Institut
Gierkeplatz 2-4, D-10585 Berlin
Tel.: 0 30 / 3 42 10 00
Fax: 0 30 / 3 42 10 11

INKOTA

Chrysanthenenstr. 1-3, D-10407 Berlin
Tel.: 0 30 / 4 20 82 02-0
Fax: 0 30 / 4 20 82 02-10

Bremen

Fachstelle „Oekumene und Weltverantwortung“ im forum Kirche

Holler Allee 75, D-28209 Bremen
Tel.: 04 21 / 3 46 15-36
Fax: 04 21 / 3 46 15-38

Hamburg

Solidarische Kirche in Nordelbien

Heike Schoon c/o Pauluskirche Altona
Bei der Pauluskirche 1, D-22769 Hamburg
Heike-Schoon@web.de

Hessen

Oekumenisches Netz Nord- und Osthessen

c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15
D-36251 Bad Hersfeld
Tel.: 0 66 21 / 62 01 86
Fax: 0 66 21 / 6 56 45

Niedersachsen

Arbeitskreis Konziliarer Prozess

Hermann de Boer
Am Kirchhofe 4a
D-30952 Ronnenburg

Oldenburg

Oekumenisches Zentrum Oldenburg e.V.

Kleine Kirchstr. 12, D-26122 Oldenburg
Tel./Fax: 04 41 / 2 48 95 24

Pfalz

Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Evangelischen Kirche in der Pfalz

(Protestantische Landeskirche)
Referat Konziliarer Prozess
Große Himmels-gasse 3, D-67346 Speyer
Tel.: 0 62 32 / 67 15-0
Fax: 0 62 32 / 67 15-67
info@frieden-umwelt-pfalz.de

Nördliches Rheinland-Pfalz und Saarland

Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar

Dominic Kloos
Löhrstr. 51, D-56068 Koblenz
www.oekumenisches-netz.de

Rheinland

Oekumenisches Netz Mittelrhein e.V.

Pfr. Dieter Endemann
Domstr. 62, D-50668 Köln
OekumNetzMittelrhein@t-online.de

Solidarische Kirche im Rheinland

Kirchliche Bruderschaft

c/o Erika Haugg, Mozartstr. 9
D-45478 Mülheim a. d. Ruhr
soki.rheinland@arcor.de

Sachsen-Anhalt

Lothar-Kreyssig Oekumene-Zentrum

Am Dom 2
D-39104 Magdeburg
Tel.: 03 91 / 53 46-4 93
Fax: 03 91 / 53 46-4 90

Sachsen

Oekumenisches Informationszentrum Dresden

Elisabeth Naendorf, Kreuzstr. 7
D-01067 Dresden
Tel.: 03 51 / 4 92 33 68
Fax.: 03 51 / 4 92 33 60
oekumene@infozentrum-dresden.de

Westfalen

Oekumenisches Netz in Westfalen

MÖWe, Heike Koch, Olpe 35
D-44135 Dortmund
Tel.: 02 31 / 54 09-72
Fax: 02 31 / 54 09-21

Solidarische Kirche Westfalen-Lippe

Michael Nelson, Geschäftsführer
Graf-Adolf-Str. 61, D-58730 Fröndenberg
Tel.: 0 23 73 / 176 88 35
muhr-nelson@freenet.de

Württemberg

Oekumenisches Netz Württemberg

Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12
D-74348 Lauffen am Neckar
Tel.: 0 71 33 / 2 10 68

Oekumenisches Netz in Deutschland

c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15
D-36251 Bad Hersfeld
Tel.: 0 66 21 / 62 01 86
Fax: 0 66 21 / 6 56 45

Einladung

zu einer
Fördermitgliedschaft
bei der
Stiftung Oekumene



Unterstützen Sie die Initiativen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung über die gemeinnützige Stiftung Oekumene durch einen regelmäßigen Förderbeitrag. Wir empfehlen dafür einen Dauerauftrag von vierteljährlich oder jährlich ab 20 Euro.

Fördermitglieder erhalten regelmäßig die Zeitschrift

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

mit dessen Sonderdokumentationen.

Stiftung Oekumene

Konto 100 008

bei der Frankfurter Sparkasse
BIC HELADEF1822
IBAN DE94 5005 0201 0000 1000 08

Spendenbescheinigungen versenden wir ab 50,- Euro pro Jahr. Dafür bitten wir um Ihre Postanschrift an

Stiftung Oekumene, Lindenspürstr. 30
70176 Stuttgart, ecunet@t-online.de

IMPRESSUM

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

Gegründet 1982

Herausgeber und Verleger:

Stiftung Oekumene.
Verantwortlich:
Ulrich Schmitthener
Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart

Bei der Redaktion dieser Ausgabe wirkten mit:

Werner Gebert, Tübingen/Ofterdingen
Ulrich Schmitthener, Stuttgart
Rainer Zimmer-Winkel, Berlin

Gestaltung:

Karl H. Thiel, Offenbach/Main

Druck:

Knotenpunkt Offsetdruck
Beller Weg 6, 56290 Buch

Konto: Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01, Kto.-Nr. 100 008
IBAN DE94 5005 0201 0000 1000 08